

## Offene Fragen der Geschichte Band 7

### Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen  
aus Ost-Mitteleuropa,  
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,  
Demontagen und Reparationen,  
Entnazifizierung und Umerziehung,  
Unerwünschte Vertriebene,  
Schwarzmarktzeit,  
Marshall-Plan,  
Währungsreform 1948,  
Gründung der BRD und DDR,  
Koreakrieg 1950-1953 ...

### Band 7/021

#### Chronik vom 15. November 1948 bis zum 19. Januar 1949

##### 15.11.1948

**SBZ:** Die staatliche Handelsorganisation für Einzelhandelsunternehmen (HO) eröffnet am 15. November 1948 die ersten staatlichen "HO-Läden" in der sowjetischen Besatzungszone, in denen alle Waren ohne Bezugsscheine verkauft werden (x112/623).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "HO" in der SBZ (x009/181): >>HO (Abkürzung für Handelsorganisation; staatliches Einzelhandelsunternehmen, das zu überhöhten Preisen Mangelwaren verkauft) wurde durch Verordnung der DWK im November 1948 gegründet.

Als Begründung gab die DWK "Bekämpfung des Schwarzmarktes" an. Hauptzweck der HO-Gründung war, währungsgefährdende "überschüssige Kaufkraft" abzuschöpfen und zur Finanzierung der Staatsausgaben heranzuziehen.

Trotz Verbesserung der Versorgungslage und des Verschwinden des Schwarzmarktes wurde die HO nicht aufgelöst, sondern vor Abschaffung der Lebensmittelkarten sogar noch in den Vertrieb von bewirtschafteten Waren eingeschaltet. Preissenkungen, veranlaßt durch Produktionssteigerung bei Lebensmitteln und Verbrauchsgütern führten bislang nicht zu einer Verminderung der Staatseinnahmen aus der HO, da zum Ausgleich dafür immer mehr HO-Verkaufsstellen, HO-Kaufhäuser, HO-Gaststätten errichtet und immer mehr Warengattungen bevorzugt der HO für den Verkauf zur Verfügung gestellt werden.

30.9.1960 betrieb die HO insgesamt 39.404 Verkaufsstellen und Warenhäuser ...

Ursprünglich war die HO hauptsächlich auf den Verkauf von Lebensmitteln und Industriemangelwaren eingestellt. Sie hatte bis 1959 das Monopol für den Verkauf freier Waren. Inhaber privater Läden wurden durch ungenügende Warenzuteilungen in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht und veranlaßt, ihre Geschäfte zu Spottpreisen an die HO zu verkaufen. Man gab ihnen dann häufig die Möglichkeit, als HO-Angestellte in ihren eigenen Läden tätig zu werden. Auf diese Weise übernahm die HO seit 1951 u.a. Drogerien, Fleischerläden, Blumenläden, Modosalons, Juwelierläden usw.

Die HO ist somit nicht nur Instrument der staatlichen Währungspolitik, sondern gleichzeitig

Werkzeug des Staates zur systematischen Vernichtung des privaten Einzelhandels.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Handel" in der SBZ (x009/171-172): >>Der überwiegende Teil des Groß- und Einzelhandels in der SBZ wird von staatlichen Handelsorganisationen durchgeführt. ...

Am stärksten wurde von den Sozialisierungsmaßnahmen der Großhandel betroffen; nur noch ca. 3 % des gesamten Großhandelsumsatzes entfallen auf Privatfirmen. Die Deutschen Handelszentralen übernahmen 1949/50 schon weitgehend den Großhandel mit Industriewaren, und auch vom Versorgungshandel der Produktion mit Grundstoffen und Produktionsmitteln wurde der private Handel sehr früh ausgeschaltet.

Der private Einzelhandel konnte sich gegenüber HO und Konsumgesellschaften bis 1960 mit einem Umsatzanteil von ca. 20 % behaupten. ...

Der private Einzelhandel wurde hauptsächlich durch unzureichende Belieferung mit Waren und durch Senkung der Handelsspannen benachteiligt, die von der Industrie- und Handelskammer festgelegt werden. In den sozialistischen Handelsapparat wurde er dadurch einbezogen, daß man die Einzelhändler zum Abschluß von Agenturverträgen, später von Kommissionsverträgen nötigte. Groß- und Einzelhandel üben kaum noch echte Handelsfunktionen aus. ... Die vielfachen Versorgungsmängel sollen im Bereich des Konsumgüterhandels durch die Organe der staatlichen Handelsorganisation und der Arbeiterkontrolle beseitigt werden.

Zum Einzelhandel zählen in der SBZ auch die Gaststätten und das Beherbergungsgewerbe, die nach den gleichen Bedingungen mit Waren beliefert werden. Die Lage auf dem Baumarkt und die Unterbindung der Privatinitiative ließen Kapazitätserweiterungen im Beherbergungsgewerbe nur in beschränktem Maße zu, so daß auch heute noch empfindlicher Mangel an Übernachtungsmöglichkeiten besteht. Neue oder renovierte Hotels gibt es aus Prestige Gründen in Ost-Berlin, in der Messestadt Leipzig und anderen wirtschaftlich bedeutenden Orten.

Privater Gaststätten und Beherbergungsbetriebe werden ebenfalls zwangsweise zu Kommissionsverträgen oder Staatsbeteiligungen veranlaßt. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatsbeteiligungen" in der SBZ (x009/417-418): >>Ähnlich wie in China im Jahre 1954 ist man in der SBZ Anfang 1956 dazu übergegangen, gemischte staatlich-private Betriebe zu schaffen, die "auf einem friedlichem Wege in sozialistische Betriebe umzugestalten" sind. ...

Nachdem die funktionale Selbständigkeit der Privatbetriebe schon seit Beginn der langfristigen Planwirtschaft nicht mehr besteht, wird nunmehr auch die noch vorhandene Kapitalbasis überfremdet.

Bisher wurde bei dieser Staatsbeteiligung formell die alte Rechtsform der Kommanditgesellschaft (KG) gewählt, wobei der Staat mit seiner Kapitaleinlage als Kommanditist (Gesellschafter mit Teilhaftung) in die neue Gesellschaft eintritt und der ehemalige private Unternehmer Komplementär (Gesellschafter mit Vollhaftung) und Geschäftsführer wird. ...

Wenn auch diese neuen Gesellschaften gegenüber den anderen Privatunternehmen besondere Vorteile genießen, so begeben sie sich doch stark in die Hand des Staates und der staatsgewerkschaftlichen Kontrolle.

Sie erhalten bestimmte Produktionsaufgaben, Materialkontingente und Lizenzen für Kapazitätserweiterung direkt von den betreffenden Verwaltungsorganen.

Der FDGB ist für die Produktion dieser Betriebe mitverantwortlich. ...

Der Einfluß der SED in diesen Betrieben wird laufend vergrößert. Private Komplementäre werden gezwungen, in die SED einzutreten und politische Schulungskurse zu besuchen. ...<<

**17.11.1948**

SBZ: Im Verlauf der Aktivistentagung der SED-Lehrer wird am 17. November 1948 gefordert, die Umwandlung der Schule in eine politische Erziehungsstätte der SED und FDJ durchzusetzen (x112/624): >>... Nur derjenige Lehrer ist auf dem besten Wege, nicht nur ein Par-

teimitglied, nicht nur ein guter Parteifunktionär, ... sondern ein qualifizierter fortschrittlicher Pädagoge zu werden, der sich mit der marxistischen Erziehungswissenschaft, wie sie ... von Lenin und Stalin weiterentwickelt worden ist, ... vertraut macht, sie ... anzuwenden lernt.<<

### **27.11.1948**

**Berlin:** Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) beklagt sich am 27. November 1948 während einer großen Wahlkundgebung über Adenauers zurückhaltende Berlinpolitik (x112/628): >>Er lebt an seinem schönen Rhein, und ich kann verstehen, daß er an seiner schönen Heimat hängt.

Aber Berlin gehört auch noch zu Deutschland, und hinter Berlin gibt es auch noch allerhand, was zu Deutschland gehört. ...<<

### **28.11.1948**

**WBZ:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 28. November 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/82): >>28. November 1948. Nach dem Gottesdienst, in einer Wellblechbaracke, die als Lagerkapelle eingerichtet wurde, blieben ein Mann und eine Frau an der hinteren Wand stehen. Als die Mehrzahl der Gläubigen den Raum verlassen hatte, schritten die beiden weiter nach vorn, setzten sich dort und sahen zu dem Gekreuzigten auf.

... In den stark verarbeiteten Händen hielt der Mann einen schwarzen Hut, wie ihn die Deutschen in Siebenbürgen zu tragen pflegten. ...

Die beiden, offenbar ein Ehepaar, saßen da, losgelöst von der Umwelt, weit weg vom Lager und hielten ohne Scheu lautlose Zwiesprache mit dem, der über den Dingen und Geschehnissen steht. Nach einer Weile standen sie auf, gingen gemessenen Schrittes zum Ausgang und verschwanden dann in einem der Barackengänge.

... Nirgendwo, so scheint mir, ist in diesen Jahren inbrünstiger und heißer gebetet worden, als in dieser unscheinbaren, kleinen, dürftigen Kapelle in Friedland.<<

### **30.11.1948**

**SBZ:** Das sowjetische Internierungslager Fünfeichen ("Speziallager Nr. 9") wird am 30. November 1948 aufgelöst. Die restlichen 3.000 Häftlinge werden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald oder Sachsenhausen gebracht.

Von Juli 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Fünfeichen etwa 7.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/152).

**WBZ:** In Frankfurt/Main wird am 30. November 1948 während der 26. Vollversammlung des VWG-Wirtschaftsrates das 1. Lastenausgleichsgesetz ("Soforthilfegesetz" zur Milderung dringender sozialer Notstände) verabschiedet, um die Eingliederung der Vertriebenen zu erleichtern.

Die "Mainpost" stellt am 30. November 1948 die Frage: "Ist es wieder so weit?" (x043/341): >>Dr. Eugen Kogon, bekannt geworden durch die Herausgabe des Buches "Der SS-Staat", hat in einer Pressekonferenz in Frankfurt über eine angeblich bereits in Gang befindliche Remilitarisierung Westdeutschlands berichtet.

Dieser Behauptung ist inzwischen, besonders auch von alliierter Seite, nicht nur widersprochen worden, sie hat auch eine große Diskussion über die Frage, ob die verbliebene deutsche Wehrkraft zur Verteidigung des Westens eingesetzt werden soll, ausgelöst. ...

Wie nun denkt der sog. "Kleine Mann von der Straße" über diese Angelegenheit? ... "Man hat uns jahrelang über die Schlachtfelder Europas gehetzt, durch Blut und Grauen, und nach weiteren Jahren hinter Stacheldraht glauben wir, ein Recht auf endgültigen Frieden zu haben. ...

Wer soll schon wieder verteidigen? Wir "Kleinen Männer", die bereits Millionen unserer Brüder in den Massengräbern Europas zurückgelassen haben - auf uns rechnet man bereits wieder. ...

Wir wollen für keine Parole verbluten. Wir wollen weder am Rhein, noch an der Elbe oder

sonstwo krepieren." ...<<

### **November 1948**

**SBZ:** Das sowjetische Internierungslager Mühlberg ("Speziallager Nr. 1") wird im November 1948 aufgelöst. Etwa 3.500 deutsche Häftlinge werden ins sowjetische Internierungslager Buchenwald oder in das Zuchthaus Bautzen gebracht.

Von September 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Mühlberg etwa 8.000 Häftlinge. Etwa 3.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/111).

### **06.12.1948**

**Berlin:** Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 6. Dezember 1948 vor der Presse (x112/634): >>... Heute rufen wir die Völker der Welt, sich diese traurige Stadt anzusehen.

Wir fragen Sie, wie lange noch wollen Sie es dulden, daß wir unter solchen Umständen leben sollen.

Zerbrecht die Blockade, dieses grausame Mittel, mit dem man ein freies Volk in die Knie zwingen will.<<

### **07.12.1948**

**SBZ:** Das Volksgericht Glauchau in Sachsen verurteilt am 7. Dezember 1948 mehrere Angeklagte wegen Wirtschaftssabotage zum Tod.

**WBZ:** Der Landtag von Nordrhein-Westfalen beschließt am 7. Dezember 1948 einstimmig die Vorfinanzierung des Projektes "Hauptstadt Bonn" (x112/634): >>... Für den Fall, daß der Parlamentarische Rat als Sitz der künftigen deutschen Bundesorgane den Raum Bonn-Godesberg vorsieht, wird die Landesregierung ermächtigt, Haushaltsmittel bis zum Betrage von 10 Millionen, davon 5 Millionen außerplanmäßig, im Rechnungsjahre 1948 bereitzustellen, die zur Vorfinanzierung vorzugsweise von Siedlungen, Umbau von Verwaltungsgebäuden und zum Ankauf von geeigneten Objekten zur Unterbringung von Angehörigen der Bundes- oder der Militärregierung oder für ähnliche Zwecke verwandt werden sollen.<<

### **09.12.1948**

**USA:** Die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" wird am 9. Dezember 1948 offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>Nach Erwägung der Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 96 (I) vom 11.12.1946 abgegeben wurde, daß Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird,

In Anerkennung der Tatsache, daß der Völkermord der Menschheit in allen Zeiten der Geschichte große Verluste zugefügt hat, und

In der Überzeugung, daß zur Befreiung der Menschheit von einer solch verabscheuungswürdigen Geißel internationale Zusammenarbeit erforderlich ist,

sind die vertragsschließenden Parteien hiermit wie folgt übereingekommen:

Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.

Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;

b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;

c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre

körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<

In dieser Erklärung der UNO-Generalversammlung heißt es ferner, daß niemand willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden darf (Art. 9) und daß jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch sein eigenes Land, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren (Art. 13). Auch eine Verschwörung zur Begehung von Völkermord und bereits der Versuch, sind zu bestrafen.

Diese UNO-Konvention enthält zwar keine eigene Strafnorm, aber sie verpflichtet die Signatarstaaten gemäß Art. VI, Handlungen, die als Völkermord definiert sind, unter Strafe zu stellen (x086/249).

Trotz Stimmenthaltung aller "Ostblockstaaten" wird die UNO-Erklärung der Menschenrechte damals allgemein gültig.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Tatbestand des Völkermordes (x051/608): >>Völkermord (Genozid), physische (auch kulturelle) Vernichtung nationaler, ethnischer, religiöser, sozialer oder rassischer Gruppen.

Der Tatbestand des Völkermordes ist so alt wie die Menschheitsgeschichte, der Begriff dafür wurde im 20. Jahrhundert entwickelt und völkerrechtlich gefaßt. In Ansätzen schon im Gefolge der Minoritätenverfolgungen in der Sowjetunion seit 1917 formuliert, wurde Völkermord kodifiziert nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik gegen Polen, Slawen und Juden (Endlösung): In Artikel 6c der IMT-Satzung vom 8.8.45 für die Nürnberger Prozesse wurde er unter die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereiht und am 9.12.48 Gegenstand des Abkommens zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, das einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde.

Zum Völkermord zählt danach bereits das körperliche und geistige Schädigen sowie das Töten von Mitgliedern einer Gruppe mit dem Ziel ihrer Zerstörung, was durch planmäßige Schaffung unerträglicher Lebensbedingungen, Vertreibung, Geburtenverhinderung u.a. geschehen kann.

1954 trat die Bundesrepublik dem Abkommen bei und schuf in § 220a StGB einen Straftatbestand des Völkermordes.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.

Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten – die größte Vertreibung der Weltgeschichte – müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<

### **13.12.1948**

**SBZ:** Die Jugendorganisation "Junge Pioniere" (Uniform = weißes Hemd mit blauem Halstuch) wird am 13. Dezember 1948 als Unterorganisation der FDJ für 10- bis 14jährige gegründet (das Aufnahmealter wird in den folgenden Jahren auf 6 Jahre festgesetzt). Die Leitung dieser Organisation übernimmt Margot Feist, die später Erich Honecker heiratet.

**WBZ:** Ein vertriebener Schlesier berichtet am 13. Dezember 1948 über sein Leben im Westen (x024/251): >>13.12.1948. ... Seit Juli bin ich leider wieder arbeitslos und versuche neben meiner Unterstützung noch etwas dazu zu verdienen. Gehe in den Wald nach Beeren, Pilzen und jetzt nach Kiefern- und Tannenzapfen. So gut es halt geht, halten wir uns über Wasser.

...<<

### **21.12.1948**

**Berlin:** Die 3 westlichen Besatzungsmächte bilden am 21. Dezember 1948 eine Westberliner Kommandantur.

### **22.12.1948**

**WBZ:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 22. Dezember 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/84-85): >>22. Dezember 1948. ... "Ich kann wieder aufatmen", sagte ... der Lagerarzt. "Der Gesundheitszustand aller Heimkehrer hat sich wesentlich gebessert. Wenn ich daran denke, wie sie früher kamen. Geschwollene Füße, geschwollene Beine, aufgeblasene Leiber, aufgeschwemmte Gesichter - alles nur Wasser als Folge des Hungers.

Es gab kaum einen, der gesund war. Die überwiegende Mehrzahl hatte Herzschäden, Magenbeschwerden, Leberschmerzen, Rheumatismus, Blasenleiden, Erfrierungen I. und II. Grades, Mangelschäden, Ekzeme, Tuberkulose, Muskelschwund oder Skorbut.

Schlimmer waren aber noch die seelischen Erschütterungen, unter denen alle zu leiden hatten. Die Belastung der Nerven war sicher ungeheuerlich. Alle hielt immer nur die Zuversicht aufrecht: einmal muß sich doch das Lagertor (des Kriegsgefangenenlagers) öffnen und dann geht es wieder heim.

... Die Leute hatten das Sprechen verlernt. ... Sie schwiegen. ...<<

### **23.12.1948**

**Polen:** Der Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 23. Dezember 1948 eine Verordnung über den Tätigkeitsbereich und die Organisation der Liquidationsämter (x003/481-483): >>... § 3. Die Veräußerung, Vermietung oder Verpachtung von Vermögen ... gehören in die ausschließliche Zuständigkeit der Liquidationsämter.

§ 4. Bei der Ausführung ihrer Tätigkeit sind die Organe der Liquidationsämter befugt, bei Tage Flächen und Räumlichkeiten zu betreten, in denen sich verlassenes oder ehemals deutsches Vermögen befinden kann, Bücher und Urkunden einzusehen, Sachverständige zu berufen, Zeugen zu vernehmen sowie andere Handlungen vorzunehmen, die zur Gestellung und Sicherung des Vermögens notwendig sind. Sie sind befugt, von anderen staatlichen oder autonomen Organen im Rahmen ihrer Kompetenzen Hilfeleistungen zu verlangen. ...

§ 5. Bis zur Übertragung der Verwaltung der Vermögen an die ... genannten Behörden, Institutionen oder Personen sind die Liquidationsämter verpflichtet, alles zu unternehmen, was zur Sicherstellung und Erhaltung der Substanz dieser Vermögen sowie zu ihrer Benutzung im Rahmen normaler wirtschaftlicher Erfordernisse notwendig ist.

§ 6. Darüber, ob ein Vermögen als verlassen oder als ehemals deutsch gilt, entscheiden ausschließlich die Liquidationsämter. ...

§ 11. Gegen eine Entscheidung des Bezirks-Liquidationsamtes, durch welche die Wiedereinräumung des Besitzes eines verlassenen Vermögens nach Art. 19 abgelehnt wird, ist kein Rechtsmittel im Verwaltungswege zulässig, der Partei verbleibt jedoch das Recht, ihre Rechte auf dem Rechtsweg geltend zu machen. ...<<

**Jugoslawien:** Adalbert Graf von Neipperg (1890-1948, Abt des katholischen Benediktiner-Ordens) wird am 23. Dezember 1948 im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz ermordet (x130/231).

Der deutsche Kriegsgefangene Albert O. berichtet später über die letzten Stunden des katholischen Militärseelsorgers Adalbert Graf von Neipperg (x130/238-239): >>Am Morgen des 23. Dezember gab er seinen Kameraden bekannt, er werde in die Stadt gehen, um Weihnachtseinkäufe zu machen. Auch mehrere Kameraden gaben ihm Geld, um für sie etwas einzukaufen.

Für die religiösen Feiern des Weihnachtsfestes, besonders für die Christmette, hatte er bereits alles mit seinen Leidensgefährten im Lager geprobt und auf den Nachmittag auch noch eine Besprechung mit dem protestantischen Lagerpfarrer verabredet.

Um 12 Uhr, so versicherte er, werde er wieder zurück sein. Als er aber zur angesagten Zeit nicht zurückkehrte, gerieten seine Kameraden in begründete ernste Sorge um ihn. Gegen 17 Uhr meldeten sie sein auffallendes, besorgniserregendes Ausbleiben der deutschen Lagerleitung.

Der Lagerleiter erklärte darauf: "Ich vermute, daß der Abt beim jugoslawischen Stab ist. Ich traf ihn heute Morgen in der Stadt, und er sagte mir, daß er auf der Straße dem Kommissar begegnet sei. Dieser habe ihm im Auftrag des Kommandanten mitgeteilt, er solle zum jugoslawischen Stab kommen. Schickt deshalb das Essen und die Decke des Abtes zum Stab.

Die Lagerleitung fürchtete, Graf Neipperg sei unter irgendeinem Vorwand im Karzer gelandet, um ihn an seinen Weihnachtspredigten zu hindern. Der Bote kam aber mit Essen und Decke zurück und berichtete, man habe ihm beim Stab erklärt, der Abt sei nicht dort. Man habe ihm erklärt, wenn er nicht aufzufinden sei, habe er vermutlich seine Ausgangsfreiheit benutzt, um heimlich zu entfliehen. ...<<

Der Militärseelsorger Adalbert Graf von Neipperg wird einige Tage später mit durchschnittener Kehle unter einem Maisschrothaufen gefunden.

### **24.12.1948**

**Berlin:** Die Tageszeitung "Neues Deutschland" berichtet am 24. Dezember 1948, daß mindestens 40.000 ehemalige deutsche Soldaten als französische Fremdenlegionäre in Indochina kämpfen (x112/639).

Der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl erklärt am 24. Dezember 1948, daß sich noch etwa 300.000 deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion befinden (x112/639).

**WBZ:** Das bayerische Rote Kreuz berichtet am 24. Dezember 1948, daß noch mindestens 1,5 Millionen deutsche Kriegsgefangene und Vermißte in der Sowjetunion sein müssen (x112/639).

**UdSSR:** Ein unbekannter deutscher Kriegsgefangener berichtet am 24. Dezember 1948 aus einem Arbeitslager in Karaganda, Kasachstan: >>Eine eigene Stimmung liegt über dem Häuflein von 30 pelzvermummten Gestalten, das sich mühsam durch hohen Schnee den steilen Hang der Abraumhalde hinaufkämpft. - Weihnachten ist heute - Heiliger Abend! ...

Heute, nach dem Essen, vor dem unbarmherzigen Scheppern der rostigen Schiene, die die Brigade zur Nachtschicht rufen wird, war nun wieder seit langer Zeit der Politoffizier in die Baracke gekommen und hatte erklären wollen, warum und wieso die Gefangenen - also auch sie - in diesem Jahr noch nicht alle hätten heimfahren können.

Das Lied kannten sie, die Männer, die stumm und ergeben auf ihren Pritschen hockten. Früher Winter, keine Waggons, auch der Westen habe sich nicht an die Abmachungen gehalten, alles nichts Neues. ... Sinnlos, die Zeit damit totzuschlagen. Eine Stunde Schlaf wäre besser gewesen! - Das also war das Weihnachtsgeschenk ihres Gastlandes! - das und die Heiligabend-Nachtschicht bei minus 35 Grad.

Stumm, frierend warten die Männer, warte auch ich auf den Arbeitsauftrag. Die fahle Winter-sonne versinkt am westlichen Horizont, an dem Horizont, an dem auch wir so gern entschwinden möchten - auf Nimmerwiedersehen. - Endlich!

Im Gänsemarsch - (wir sind) schon geübte Schwellenläufer - geht es an die Westspitze der Kohlenhalde.

Geleise rücken! - Die Brechstange, das Universalinstrument des Ostens, klebt schwer und beißend kalt an den dünnen Handschuhen. - "Hau - ruck! Hau - ruck!"

Es will nicht so recht klappen. ... Wo sind wir auch mit unseren Gedanken! Hier in Südsibirien, im Kohlenbecken von Karaganda, in der Kasachischen Steppe bestimmt nicht.

Ob sie daheim wohl ein Bäumchen haben? Ein Bäumchen mit richtigen Lichtern, mit Zuckerwerk und Glockengeläut aus dem Radio? ---

Immer dunkler wird es. Die Filzstiefel sind knochenhart gefroren, und es poltert über die

Schwellen, wenn es wieder heißt: "Zehn vor!" oder "Zwanzig zurück!" ... Da glimmt ein Feuerchen auf. ... "Pause!" Na, Gott sei Dank! -

Nur wer schon einmal auf solch zugiger Kante aus Machorka und einem Stück "Prawda" eine Zigarren-Zigarette drehte, weiß, was jetzt kommt. Wenn sich 30 steifgefrorene, vor Vermummung unbeholfene Gestalten um ein Feuer drängen und Bärte, Wimpern und Augenbrauen auftauen. ...

Betretenes Schweigen! ... Ihre Augen werden feucht. - Und dann - zuerst ganz leise, dünn, nur ein paar Stimmen erst, dann alle, laut tönt es zum Sternenhimmel über uns, über uns und der Heimat: "Stille Nacht, heilige Nacht. Alles schläft, einsam wacht ..."

Mächtig loht das Feuer jetzt in die Nacht, prasseln Funken über uns hin, feucht werden da Augen, brechen Stimmen, und mancher wendet sich ab mit zuckenden Lippen, im Herzen bitterstes Weh. - Friede auf Erden! - Wann auch für uns? ...<<

**Schweiz:** Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes befinden sich am 24. Dezember 1948 in Frankreich und Nordafrika noch 24.140, in Polen noch 40.000 und in Albanien noch etwa 1.000 deutsche Kriegsgefangene (x112/639).

### **25.12.1948**

**SBZ:** Das Leipziger "Börsenblatt" fordert am 25. Dezember 1948 ein gesamtdeutsches Schrifttum (x112/639): >>... So eingreifend und wirksam Zwangsmaßnahmen der Besatzungsmächte in allen Fragen der äußeren Lebensgestaltung unseres Volkes sein mögen – solange es deutsche Menschen gibt, die eine deutsche Sprache sprechen, werden sie auch um die geistige Durchdringung und Bewältigung ihrer Erfahrungen und um die Gewinnung fruchtbarer Einsichten ringen. Hierfür können und werden sie auf das gesamtdeutsche Schrifttum nicht verzichten.<<

**WBZ:** A. Dreppenstedt schreibt später in der Nienburger Zeitung "DIE HARKE" über Weihnachten 1948: >>Drei entbehrensreiche Hungerjahre nach dem Krieg, die Vertreibung von Millionen Menschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland, die bei uns notdürftig eine Bleibe fanden und drei eiskalte Winter waren bei Brennstoffknappheit und Mangel an warmer Bekleidung zu überstehen. ...

Weihnachten, das "Fest der Familie", könnten wir es doch wieder so nennen! Aber da stehen so viele Einsame in der Winternacht, die sich die kalten Hände nicht wärmen können, weil ihnen Holz und Kohle fehlt, um ein warmes Zimmer zu haben. ...

Wir lasen kürzlich, daß noch 2 Millionen Kriegsgefangene und Verschleppte in der Fremde, zum großen Teil hinter Stacheldraht, die Heimkehr ersehnen. ...

Nicht genug, wenn wir der Soldaten und Verschleppten in Gefangenschaft gedenken. Die Einsamkeit steht mitten unter uns, neben dir und mir.

... So waren Weihnachten 1948, wie 3 Jahre zuvor, abermals viele Menschen hoffnungslos und verzweifelt.

Die Einsamen dieser Weihnacht warten nicht auf schöne Worte, sondern auf das, was wir für sie tun. ... Und helfen wir ihnen, so entzünden wir auch im Dunkel ihrer Seele wieder das verloschene Licht der Weihnacht. ...<<

### **28.12.1948**

**Großbritannien:** Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschließen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).

Das Ruhrstatut wird später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23.07.1952 in die Montanunion integriert.

### **30.12.1948**

**WBZ:** Konrad Adenauer schreibt am 30. Dezember 1948 (x095/84): >>... Die politische Ar-



beit läßt nicht nach.

Im Parlamentarischen Rat, dessen Präsident ich ja bin, sind große Schwierigkeiten entstanden zwischen meiner Partei und der sozialdemokratischen Partei, und zwar hat die Sozialdemokratie sehr heftige Angriffe gegen mich gerichtet. Zugrunde liegen aber parteitaktische Manöver. Es ist sehr schade, daß infolge solcher parteitaktischen Schwierigkeiten die sachliche Arbeit leidet. ... Ob und wie sie sich überbrücken lassen werden, weiß ich noch nicht.

Dringend nötig ist aber, daß wir so schnell wie möglich eine westdeutsche Bundesregierung bekommen. Die Notwendigkeit der möglichst baldigen Schaffung einer solchen Bundesregierung tritt auch wieder klar zu Tage durch das eben bekannt gewordene Ruhrstatut. Erst wenn eine westdeutsche Bundesregierung besteht, werden die Deutschen in der durch dieses Statut geschaffenen Ruhrbehörde mindestens einen gewissen Einfluß ausüben können.

... Es sieht fast so aus, als ob in Amerika wieder Morgenthau-Ideen etwas mehr an Boden gewinnen, hoffentlich nur vorübergehender Art. ...<<

### **31.12.1948**

**Berlin:** Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) berichtet am 31. Dezember 1948 während seiner Silvesteransprache im Rundfunk über die Lage in Berlin (x112/640-641): >>... Dunkel sind die Abende, kalt sind die Wohnungen, und was das Allerschlimmste ist, wir sind abgeschnitten von jeder Berührung mit der Außenwelt ...

Wir hoffen alle, daß ... diese Stadt im Jahre 1949, oder, wenn es noch länger dauern soll, jedenfalls bald danach wieder den Platz in Deutschland einnehmen wird, der ihr zukommt, den Platz, der es ihr ermöglicht, der Mittelpunkt von ganz Deutschland zu werden, vom Deutschland des Westens, der Mitte und von dem Deutschland des Ostens.<<

Nach offiziellen Angaben des Berliner Dreimächtekomitees sind 3.478.600 deutsche Wehrmachtssoldaten noch nicht aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt (x112/641).

### **Dezember 1948**

**WBZ:** In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Dezember 1948 täglich 1.883 Kalorien zugeteilt.

### **1948**

**Ostdeutschland:** In den ostdeutschen Gebieten, soweit sie unter polnischer Verwaltung stehen, überschreitet die Bevölkerungszahl erstmalig die 5 Millionengrenze. Ca. 1,0 Millionen Personen sind aber ehemalige deutsche Staatsangehörige, die man als Autochthone (Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier) wegen ihres Dialekts oder ihres Namens als Polen reklamiert oder wegen ihrer Unabkömmlichkeit als Spezialarbeiter nicht ausgewiesen und zur Option für Polen gezwungen hat (x001/120E).

Nach polnischen Angaben liegen im Jahre 1948 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten noch immer 24,6 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach (x001/118E).

**Berlin:** Der deutsche Schriftsteller Bertolt Brecht (1896-1956) schreibt im Jahre 1948 über das kommunistische Tabuthema "Sowjetische Befreiungsmision 1945" (x037/33): >>Immer noch nach 3 Jahren zittert unter den Arbeitern, höre ich allgemein, die Panik - verursacht durch die Plünderungen und Vergewaltigungen - nach, die der Eroberung von Berlin folgten.

In den Arbeitervierteln hatte man die Befreier mit verzweifelter Freude erwartet, die Arme waren ausgestreckt, aber die Begegnung wurde zum Überfall, der die siebzigjährigen und zwölfjährigen nicht schonte und in aller Öffentlichkeit vor sich ging.

Es wird berichtet, daß die russischen Soldaten noch während der Kämpfe von Haus zu Haus, blutend, erschöpft, erbittert ihr Feuer einstellten, damit Frauen Wasser holen konnten, die Hungrigen aus den Kellern in die Bäckereien geleiteten, die unter Trümmern Begrabenen ausgraben halfen.

Aber nach dem Kampf durchzogen betrunkene Horden die Wohnungen, holten die Frauen, schossen die Widerstand leistenden Männer und Frauen nieder, vergewaltigten vor den Augen der Kinder, standen in Schlangen an vor den Häusern. ...<<

**SBZ/WBZ:** Die Besatzungsmächte kümmern sich im Jahre 1948 weiterhin in erster Linie um die Abwicklung des "Bevölkerungstransfers" der Ost- und Volksdeutschen, während man die schwierige wirtschaftliche, politische und soziale Eingliederung der Vertriebenen größtenteils den deutschen Behörden überläßt. Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ost-Mitteleuropa müssen in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen untergebracht werden. Diese "Umsiedler" verändern maßgeblich die soziale Struktur Deutschlands.

Der einzige Willkommensgruß für die Heimatlosen ist gewöhnlich nur eine karge Mahlzeit. Wer keine Verwandten im Westen hat, muß sehen, wo und wie er unterkommt. Die einheimischen Hauseigentümer und Mieter von großen Wohnungen müssen vielerorts Räume an die unerwünschten Landsleute abtreten. Während dieser Zwangseinweisungen kommt es ständig zu Reibereien mit den Einheimischen, denn fast niemand will die Fremden freiwillig aufnehmen. In vielen Landkreisen und Gemeinden muß man Wohnräume mit Waffengewalt beschlagnahmen, um die heimatlosen Neuankömmlinge unterzubringen.

Ein Zeitzeuge schreibt im Jahre 1948 über diese radikalen Zwangseinweisungen (x153/25):  
>>Jedes Haus steht dem Zugriff offen. Man findet das fast schon selbstverständlich, muß sich aber doch einmal klarmachen, wie ungeheuerlich die Belegung der Häuser und Wohnungen mit fremden Familien ... ist.<<

Die gewaltsamen Beschlagnahmungen bzw. die willkürlichen Zwangseinweisungen führen vielerorts zu offenen Feindseligkeiten zwischen den Einheimischen und Vertriebenen. Die "Neubürger" aus dem Osten werden nicht selten mit böartigen Schimpfwörtern und abfälligen Bemerkungen (wie z.B. "Kartoffelkäfer", Polacken usw.) begrüßt.

Fast alle "Neubürger" verlieren während der Flucht oder Vertreibung ihren gesamten Besitz. Die Arbeitslosigkeit unter den Zugewanderten ist überdurchschnittlich hoch. Vor allem für die Jugendlichen ist es ein großer Nachteil, daß die meisten Vertriebenen in kleineren Dörfern untergebracht werden, denn dort gibt es kaum Ausbildungsplätze.

In dieser bitteren Zeit der unvorstellbaren sozialen Verelendung müssen die Frauen zwangsläufig die Hauptlast tragen, denn Millionen von deutschen Männern müssen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als Kriegsgefangene jahrelang Zwangsarbeit leisten. Viele Frauen gehen nicht selten barfuß und hungern für ihre Kinder.

Sie müssen nicht nur bei der Verteilung der Lebensmittelrationen stundenlang Schlange stehen oder anstrengende "Hamsterfahrten" unternehmen, sondern sie leisten außerdem unentwegt schwerste Aufräumarbeiten. Zwischen den Trümmerbergen sieht man überall abgezehnte und schmal gewordene Frauen und alte Männer. Sie beseitigen Schutt, stapeln Klinkersteine aufeinander und sammeln jedes Stück Eisen oder Draht.

Nicht nur ungezählte Wohnungen liegen in Schutt und Asche, auch die Heimatlosen und Heimkehrer sind oft gebrochene Menschen. Fast alle Deutschen sind unentwegt mit dem täglichen gnadenlosen Überlebenskampf beschäftigt und nehmen fast alle politischen Ereignisse der Nachkriegsjahre teilnahmslos hin.

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die Lebensverhältnisse der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/-469): >>... Die Flüchtlinge und Vertriebenen waren die Elenden unter den Armen, sie hatten mehr verloren als die anderen Deutschen, sie trugen ungleich schwerer an der Last der Niederlage. Insbesondere sie hatten den Preis für den großen Krieg gezahlt.

Doch viele der Eingesessenen in Westdeutschland sahen auch dann noch, als die Verhältnisse sich allmählich zu normalisieren begannen, in den Vertriebenen nur eine Bürde, ungebetene Gäste, die ihnen die Arbeitsplätze streitig machten. Das Wort "Flüchtling" wurde über Jahre

hinweg fast ein Schimpfwort und zum Symbol für "unerwünscht".

"Flüchtlingspack" johlten mancherorts die Kinder der Einheimischen hinter den Kindern der Vertriebenen her, und in der Schule spotteten sie über die Bindfäden, mit denen die Jungen und Mädchen, die aus dem Osten gekommen waren, ihr armseliges Schuhwerk banden: "Schnürsenkel haben sie bei euch wohl noch nicht erfunden?"

So lebten die Vertriebenen in Not und Elend in einer oft ablehnenden manchmal sogar feindseligen Umwelt. Und das Ende des deutschen Unglücks war unabsehbar. Es schien sich vielmehr noch zu vertiefen – durch die Politik der Besatzungsmächte, die lange Zeit darauf abzielte, die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes weiter zu schmälern. ...<<

**WBZ:** Der deutsche Völkerrechtler Dr. Rudolf Laun (1882-1975) schreibt im Jahre 1948 über die "heilende Wirkung der Wahrheit (x309/178-179): >>Wahre Wissenschaft, die ehrlich nach Objektivität strebt, hat etwas Menschheitsversöhnendes. Denn es gibt zwar unabsehbar viel Irrtümer und leider auch bewußt vorgebrachte Unwahrheiten, aber in jeder Frage nur eine einzige Wahrheit.

Nennen wir nun, ohne uns hier in ethische Studien einlassen zu können, kurz diejenigen Menschen, welche die Wahrheit wollen und bereit sind, die Folgerungen aus der Wahrheit auch gegen sich gelten zu lassen, anständige Menschen, und unanständige jene, welche nur das wahrhaben wollen, was ihnen nützt, aber alles das nicht wahrhaben wollen, was ihnen schaden oder Opfer auferlegen könnte, so dürfen wir sagen:

Im Grunde sind alle anständigen Menschen der Welt Brüder, auch wo sie einander hassen, bekämpfen und verfolgen, denn dann kann die Feindschaft zwischen ihnen nur auf Irrtümern beruhen, die sie, die Anständigen, nicht verschuldet haben.

Es ist eines der schönsten Aufgaben der Wissenschaft, durch Streben nach Wahrheit und Aufklärung Menschen zu versöhnen. ...<<

Der deutsche Diplomat und Schriftsteller Carl-Hermann Mueller-Graaf (1903-1963) schreibt im Jahre 1948 in seinem Buch "Irrweg und Umkehr" über den preußischen Staat (x056/33): >>"Altpreußisch", das bedeutete einfach, bescheiden, schlicht, gewissenhaft, treu, fleißig, bedürfnislos und hart gegen sich selbst zu sein.

"Altpreußisch", das sind jene sittlichen Kräfte, aus denen heraus vom "Großen Kurfürsten" bis auf den Vater Friedrichs, den "Soldatenkönig", die Hohenzollern aus der namenlosen Enge und Armut ... ein blühendes Land zu machen wußten ...

Doch meinen die Preußenhasser, wenn sie vom Geist Preußens sprechen, wohl vor allem einen Geist der Eroberung, der Gewalt, der Unterdrückung, des Unrechts ... wie er sich vor allem in der Gestalt Friedrichs verkörpern soll. Sie sind der Überzeugung, daß dieser Mann als der erste "Kriegsverbrecher" des Zweiten Weltkrieges anzusehen sei. Allzuoft hat man schließlich aus deutschem Munde etwas von der Linie gehört, die von Friedrich über Bismarck zu Hitler führen soll ...<<

Der deutsche Autor Ulfilas Meyer schreibt später über das "Trümmerkino" des Jahres 1948 (x115/259-267): >>... Bis Ende des Jahres 1948 wurden in allen vier Zonen 40 Spielfilme fertiggestellt. 14 stammten aus den Ateliers der Deutschen Filmaktiengesellschaft (DEFA) in der Ostzone, den Rest teilten sich 13 westliche Produktionsgesellschaften. 35 Filme befaßten sich in irgendeiner Form mit dem Zeitgeschehen.

Weder zuvor noch danach gab es im deutschen Film eine Epoche, in der die gelebte Realität so massiv Eingang in das Kino fand. Das macht diese sogenannten "Trümmerfilme" bemerkenswert, ungeachtet ihrer Qualitätsmängel, ihrer Auslassungen und ihrer Wirkungen.

Dem heutigen Betrachter präsentieren sie ein widersprüchliches Spektrum aus Eindrücken, die Betroffenheit und Verständnis erwecken, aber auch Unverständnis, Langeweile und Abwehr hervorrufen. Vorherrschend ist Düsternis, zerstörte Umwelt und Elend, beklemmend ist die Abwesenheit von Natur.

Irritierend wirkte der immer wieder fast plakativ vorgetragene Appell zum Aufbau und Eigeninitiative. "Irgendwie geht's immer weiter", spricht Hans Albers, der Prototyp des zupackenden Optimisten, am Schluß von "Und über uns der Himmel" ins Publikum. Und auch die "Zugvögel" wenden sich aus der Handlung heraus direkt an den Zuschauer mit dem Satz: "Und das wollen wir nie vergessen, denn das ist wichtig: Mut haben zum Leben!" An anderer Stelle heißt es: "Wir dürfen uns nicht länger treiben lassen. Wir müssen arbeiten und zupacken".

Die Schilderungen der Schicksale gehen auch heute noch unter die Haut, wenn sie glaubwürdig getroffen sind, wie etwa "Ehe im Schatten". Traditionelle Werte wie Arbeit, Familie und Glaube werden stark betont. Da das heute ganz anders ist, wird man zumindest nachdenklich gestimmt. Diesen Filmen nimmt man auch im Gegensatz zu vielen anderen, diese Positionen ab, ohne sie damit gleich gutheißen zu wollen. ...

Auffällig ist die Wahl der Themen und die Art und Weise wie mit Vergangenheit und Gegenwart umgegangen wurde. Nur 5 Filme befassen sich unmittelbar mit der Bewältigung der Vergangenheit: "In jenen Tagen", "Zwischen Gestern und Morgen", "Morituri", "Und finden dereinst wir uns wieder" und "Die Mörder sind unter uns". ...

18 der betreffenden 40 Filme behandelt Probleme und Schicksale der Nachkriegszeit. 4 davon transportieren in unterhaltender Form Botschaften zu aktuellen Problemen, wie etwa das der Geschlechtskrankheiten in "Straßenbekanntschaft". 7 Filme, unter ihnen "Zugvögel" und "Die Zeit mit Dir", propagieren eine optimistische Lebenssicht und weitere 7, wie etwa "Vor uns liegt das Leben" oder "Menschen in Gottes Hand", wollen primär inmitten von Chaos und Trümmern unterhalten.

... Lediglich die "Berliner Ballade" fällt durch intelligente Texte und Ideen von Günter Neumann, durch einen dezidierten moralischen Anspruch und einen unmittelbaren, ehrlichen Zeitbezug auf. Die Trümmer wurden mit Humor ertragen, der Finger wurde auf die Wunde gelegt: "Meine Kraft gehört dem Staat. Die Kraft ist da, nur der Staat noch nicht", spricht der wohlgenährte Schieber. Diese Leichtigkeit und Ironie anstelle von Pathos und Larmoyanz wären dem deutschen Film damals häufiger zu wünschen gewesen.

5 Filme schließlich stellen reine Unterhaltung ohne Zeitbezug dar ...

Zur Vervollständigung der thematischen Gliederung sei noch eine Gruppe von Filmen genannt, die sich kritisch mit dem Antisemitismus befaßte und damit der Vergangenheitsbewältigung zuzurechnen ist: "Ehe im Schatten", "Lang ist der Weg" und "Die Affaire Blum". Der letztgenannte Film ist wohl die beeindruckendste und inhaltlich konsequenteste Trümmeranalyse des deutschen Nachkriegsfilms.

5 weitere Filme schließlich sind als Wegbereiter des Sozialismus zu verstehen, zum Beispiel "Wozzek" und "Grube Morgenrot". ...

Mehr oder weniger im Schatten der Trümmer spielend, buhlten die deutschen Nachkriegsfilme mit zahlreichen ausländischen und wiederaufgeführten deutschen Filmen um die Gunst des Publikums. Sie hatten einen schweren Stand. Auf den westdeutschen Kinomarkt kamen bis Ende 1948 sechszwanzig Produktionen aus den Westzonen, 8 Austauschfilme aus dem Osten, 84 deutsche Reprisen (Wiederholungen) – die fast keine Kosten verursachten, weil Kopien reichlich vorhanden waren – und 312 Filme aus dem westlichen Ausland.

Der Kinobesuch war fast die einzige erschwingliche und gern genützte Abwechslung; die Filmtheater, von denen nach Kriegsende in den Westzonen noch ein Drittel existierte, waren meist voll. 1948 war ihre Zahl von 1.150 schon wieder auf 2.975 gestiegen. Die Durchschnittspreise lagen 1946 bei 1,10 RM, 1947 bei 1,02 RM und 1948 bei 0,87 RM. ...

Die Ablenkung von der Realität stand damals eindeutig im Vordergrund. Zeitbezogenheit in irgendeiner Form, und wenn es nur der Schwenk über Hausruinen war, wurde vom breiten Publikum abgelehnt. Eine Lesezuschrift aus dem Jahre 1947 verdeutlicht das:

"Uns, die wir ein strenges Leben zu führen haben, sollten die deutschen Filme, die jetzt entstehen, Abstand vor den Kümernissen ... des Alltags bringen. Sie sollten dafür sorgen, daß die Tür zum Grauen zufällt, daß uns der traurige Anblick der schwerverwundeten Stadt entzogen wird. Weitab rückend von jeder Zeitnähe, sollten sie uns nicht die rauhe Welt der Trümmer vor Augen führen. Den dünnen Schleier des Vergessens, den wir über das Harte und Feindliche der Gegenwart zu breiten suchen, sollte das grelle Licht der Scheinwerfer nicht durchleuchten". ...

Kritiker und Literaten hingegen forderten, "der neue deutsche Film müsse ein Abbild des heutigen Lebens sein. Er könne nur Probleme von Leuten behandeln und Konflikte, welche Konflikte des 'einfachen Mannes aus dem Volke' seien." ...

... Selbst die deutlichsten Wochenschau-Bilder, die dem Grauen gewidmet waren, vermochten die Seele der Zuschauer kaum noch anzurühren. Da ist irgendwo ein Ende. ...

Trotz allen guten Willens und mancher guter Ansätze hatte der deutsche Film der Nachkriegszeit nicht die Kraft, Strukturen auf dem Markt und in den Köpfen zu verändern. ...

Das Ausland hatte wenig Interesse am Import deutscher Filme und damit an einer Stärkung der deutschen Filmwirtschaft. Vielmehr wurde eine sehr große Zahl ausländischer Filme auf den seit Jahren abgeschotteten deutschen Markt geworfen. Zusammen mit den nach und nach freigegebenen UFA-Reprisen bildeten sie eine übergroße Konkurrenz für die wenigen Neuproduktionen. ...

Die Bedingungen für einen starken eigenständigen deutschen Film waren also schlecht. Die Menschen, die diese Filme erarbeiten sollten, waren zum großen Teil dieselben, die in der NS-Zeit bereits Filme hergestellt hatten. Da es die Tradition eines filmischen Widerstands nicht gegeben hatte, existierte auch keine Basis, auf der man hätte aufbauen können. Aber im Grunde genommen war auch das Publikum dasselbe geblieben. Es wollte nach wie vor lieber in derselben Art unterhalten werden, die schon während des Kriegs so gut von der Realität abgelenkt hatte. ...

Die Trümmerfilme waren unter dem Strich Filme, die in Trümmern spielten und dem Zuschauer durch gutgemeinte Ratschläge den "richtigen" Weg weisen wollten. Sie wollten nichts grundlegend verändern, sondern nur Lebenshilfe sein. Die Trümmer- und Ruinenfilme benutzten zwangsweise die zerstörten Städte als dramaturgisches Steigerungsmittel für private Glücksverheißungen.

Ihre Regisseure unterschieden sich darin gar nicht so sehr von einigen aus dem Ausland eingeflogenen Filmteams, denen Berlin oder Frankfurt willkommene Schauplätze für allerdings wesentlich perfektere Unterhaltung ohne Aufbaupathos war.

"Nie hätte ich mir in Hollywood träumen lassen, daß man so herrliche Shots in Berlin machen kann. Es wäre unmöglich gewesen, den Film drüben zu drehen", frohlockte Billy Wilder während der Dreharbeiten zu "A Foreign Affair" ...<<

**CSR:** Kommunistische Politiker treten im Jahre 1948 in öffentlichen Kundgebungen für die Verbesserung des Status der sudetendeutschen Minderheit ein.

Nachdem man Kinder deutscher Volkszugehörigkeit 3 Jahre lang von jedem Schulbesuch ausgeschlossen hat, dürfen sie ab 1948 wieder tschechische Schulen besuchen. Der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit und den Ämtern wird ebenfalls erlaubt (x004/133-134).

**UdSSR:** Im Jahre 1948 dürfen viele verschleppte reichs- und volksdeutsche Zwangsarbeiter endlich die UdSSR verlassen.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet später über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Zwangsarbeiter aus Ostdeutschland und Polen (x001/84E-87E): >>... Der überwiegende Teil der zahlreichen Lager mit teils nur wenigen hundert, teils mehreren tausend Deportierten, befand sich in den Industriebezirken am Ural,

im Donez- oder Don-Gebiet.

Von den Strapazen des wochenlangen Transportes waren die Deportierten so geschwächt, daß ihnen im allgemeinen nach der Ankunft einige Wochen der Ruhe gewährt werden mußten, sollten sie wieder arbeitsfähig werden. Mit der Ankunft in den russischen Arbeitslagern hörten im großen Ganzen die Quälereien durch die Wachmannschaften auf, von denen die Verschleppten auf dem Weg in die Sammellager in Ostdeutschland und bis zur Abfahrt heimge-sucht worden waren. Auch Vergewaltigungen von Frauen scheinen kaum noch vorgekommen zu sein.

Statt dessen begannen besonders im Frühjahr 1945 das Übermaß der zu leistenden Arbeit und die unzureichende Verpflegung in den Lagern katastrophale Folgen hervorzurufen. Allein die Art der zu leistenden Arbeit bedeutete eine Überforderung der Deportierten. Denn in der Regel waren es die körperlich schwersten Arbeiten, die sie zu verrichten hatten.

In den Waldgebieten Nordrußlands und des Kaukasus mußten Bäume gefällt und zersägt, daneben auch schwere Erd- und Torfarbeiten geleistet werden. In den Industrievieren im Ural und am Donez und Don haben Frauen und Männer aus Ostdeutschland in langen Schichten unter Tage Kohle und Erz fördern müssen, und zahlreiche verschleppte Deutsche wurden hier auch zu schweren Verlade- und Transportarbeiten herangezogen und in Fabriken, Steinbrüchen und Ziegeleien oder beim Straßen- und Schienenbau eingesetzt.

Je nach Jahresfrist wechselten die Arbeiten. Im Sommer und Herbst nahm die Kolchoswirtschaft einen großen Teil der Deportierten in Anspruch; im Winter bestand die Zwangsarbeit oft darin, die Schienen- und Straßenwege von den Schneemassen freizuhalten. - Verstärkt wurden die arbeitsmäßige Überbeanspruchung und bewußte Ausnutzung durch Arbeitszeiten von oft 12 und mehr Arbeitsstunden täglich.

In diesem Zusammenhang kam vor allem dem sowjetischen Leistungs- und Normprinzip eine verhängnisvolle Bedeutung zu. Je nach Gesundheitszustand und körperlicher Verfassung in Arbeitsgruppen mit verschieden hoher Norm eingestuft, haben die Deportierten oft versucht, durch Übererfüllung der Leistungsnorm sich zusätzliche Verpflegung zu erarbeiten, da der kärgliche Normalsatz oft völlig unzureichend war.

Solche regelmäßigen Übersoll-Leistungen bedeuteten aber nicht nur eine fortgesetzte Ausbeutung der Arbeitskraft, sondern führten oft auch dazu, daß die Normen erhöht wurden. Im Gegensatz zu den russischen Arbeitern, die mit solchen Gepflogenheiten der "Leistungssteigerung" schon vertraut waren und sich davon kaum noch antreiben ließen, sind viele Deutsche diesem ausgeklügelten System zum Opfer gefallen.

Da die Verhältnisse in den Lagern außerdem meist völlig unhygienisch waren, nahmen - trotz anerkannter, aber wegen des Mangels an Medikamenten meist fruchtloser Bemühungen russischer Ärzte und Ärztinnen - Krankheiten und Sterbefälle im Jahre 1945 immer stärker zu. Weitaus die meisten Verluste, die unter den deportierten Deutschen entstanden, fielen in die Zeit vom Frühjahr bis zum Herbst 1945, als in manchen Lagern mehr als die Hälfte der Belegschaft zugrunde ging.

Für diejenigen, die diese Zeit überstanden, begann sich die Lage in der folgenden Zeit etwas zu bessern. Zwar ließ das Übermaß der Arbeit in Kohlengruben, in der Landwirtschaft, beim Holzfällen oder bei der Aufräumung von Städten nicht nach, aber allmählich wurden die Verpflegungssätze erhöht, so daß der Gesundheitszustand der Verschleppten sich besserte. Unterschlagungen von Lebensmitteln durch die Lagerleitung sowie Bestechungen und Über-vorteilungen durch die Wachmannschaften, bei denen in manchen Lagern auch Polen mitwirkten, haben jedoch dazu geführt, daß auch später noch teilweise recht schlimme Verhältnisse herrschten.

Da die Lager für Zivilpersonen in Rußland ganz allgemein als Straf- oder Besserungslager galten, waren ihre Insassen im Grundsatz wesentlich schlechter gestellt als die deutschen

Kriegsgefangenen. In den Jahren 1947-48 wurden in manchen Lagern die strengen Bestimmungen gelockert und den Verschleppten eine größere Bewegungsfreiheit gewährt. Teilweise gab es zu dieser Zeit auch eine geringfügige Entlohnung für die geleistete Arbeit, so daß die Verschleppten sich Lebensmittel oder Kleidung kaufen konnten. Soweit sich ein Kontakt mit der russischen Zivilbevölkerung ergab, zeigte diese keine Feindschaft gegenüber den Deutschen.

Schon im Sommer und Herbst 1945 waren, z.T. verursacht durch die enorm hohe Sterblichkeit, die ersten Lagerauflösungen und Rücktransporte erfolgt. Damals wurden vor allem Kranke und Nichtarbeitsfähige nach Deutschland entlassen, auch von ihnen starben noch manche unterwegs, obwohl die Verpflegung auf der Rückfahrt im allgemeinen wesentlich besser war als auf der Hinfahrt.

Nach der ersten Entlassungswelle von 1945 zogen sich die Lagerauflösungen und Rücktransporte nach Deutschland in großen Abständen und Unterbrechungen durch die Jahre 1946, 1947 und 1948 hin. Die letzten größeren Rücktransporte fanden im Jahre 1949 statt, nachdem die Verschleppten 4jährige Zwangsarbeit geleistet hatten. Seitdem sind nur noch vereinzelt verschleppte Zivilpersonen zurückgekehrt. Obwohl bekannt ist, daß noch manche von ihnen in der UdSSR leben, muß zweifellos damit gerechnet werden, daß der überwiegende Teil der nicht Zurückgekehrten in Rußland verstorben ist.

Die Höhe der durch die Verschleppungsaktion unter der ostdeutschen Zivilbevölkerung hervorgerufenen Verluste kann vorläufig nur annähernd erfaßt werden. Nach allen bisher vorliegenden Ermittlungen und den Angaben der Berichtstatter über die Sterblichkeit in den Verschleppungslagern und während der Transporte muß angenommen werden, daß etwa die Hälfte der Deportierten und dazu noch mehrere Tausende von denen, die zwar festgenommen und in Sammellager eingeliefert, aber nicht mehr deportiert wurden, im Verlauf der Verschleppungsaktion umgekommen sind. Die Gesamtverluste, die infolge der Verschleppung eintraten, beziffern sich sicher auf mindestens 100.000 bis 125.000 Tote.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet später über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Ungarn-Deutschen (x008/44E): >>... Schon im Sommer und Herbst 1945 trafen die ersten Züge mit Rückkehrern aus Rußland wieder in der Heimat ein. Es waren ausschließlich Krankentransporte, deren Insassen bis zum Skelett abgemagert waren. Auch die Heimkehrer der folgenden Jahre wurden nur entlassen, weil sie inzwischen arbeitsunfähig geworden waren. Seit 1948 kehrten auch Gesunde zurück, die Transporte gingen zu dieser Zeit schon in vielen Fällen über Frankfurt an der Oder, da inzwischen der größte Teil der Angehörigen der Verschleppten ausgewiesen war und in Deutschland lebte.

Insgesamt sind nach ungarischen Angaben 600.000 Menschen aus Ungarn als Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter in die Sowjetunion verschleppt worden, darunter etwa 30.000 bis 35.000 volksdeutsche Zivilisten und etwa 30.000 ungarndeutsche Kriegsgefangene.

Dies bedeutete, daß etwa 10 % der ungarischen Verschleppten und Kriegsgefangenen Volksdeutsche waren, während deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nach dem amtlichen Volkszählungsergebnis von 1941 nur 5,2 % für Trianon-Ungarn bzw. 4,8 % für das damalige Gesamtungarn betrug.

Die meisten verschleppten Volksdeutschen stammten aus Südwestungarn, also der ungarischen Batschka und der Schwäbischen Türkei. Das Deutschtum um Budapest wurde nur in den ostwärts der Donau gelegenen Orten radikal von der Verschleppung erfaßt. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet später über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Jugoslawien-Deutschen (x006/96E-97E): >>... Bis 1947 wurde häufig wochentags in 2 Schichten zu je 12, sonntags zu 9 Stunden gearbeitet, später in 3 Schichten zu je 8 Stunden. Die mangelnde fachliche Qualifikation für die

Arbeitsleistungen, allgemeine Erschöpfung und ungenügend geschützte Arbeitsplätze führten häufig zu schweren Unfällen.

Die Ernährung war völlig unzulänglich und stand in keinem Verhältnis zur geforderten Leistung. Wenn sich die Versorgung auch allmählich im Zuge der allgemeinen Verbesserung der Verhältnisse in der Sowjetunion nach dem Kriege hob - insbesondere bedeutet das Jahr 1947 hier einen gewissen Wendepunkt - und die Möglichkeiten eines zusätzlichen Lebensmittelerwerbs, z.B. durch Arbeit auf Kolchosen, zunahm, so forderten Hunger, Unfälle und Unterernährung doch viele Todesopfer. Dazu kamen die mangelhaften hygienischen Verhältnisse, sie riefen in den Lagern zahlreiche Epidemien hervor, die durch die Überfüllung der Massenquartiere, fehlende ärztliche Behandlung und Medikamentenmangel noch gesteigert wurden.

Die ersten Kranken und Arbeitsunfähigen wurden im Sommer 1945 entlassen. Weitere Krankentransporte wurden im Laufe der Jahre 1946, 1947 und 1948 zusammengestellt. Die allgemeine Entlassung begann mit der Auflösung dieser Lager im Oktober/November 1949. Die Transporte wurden im Sommer und Herbst 1945 nach Jugoslawien zurückgeführt, wo man die von den Sowjets entlassenen Heimkehrer sofort in die bestehenden Zwangslager für Volksdeutsche verbrachte. Als im Laufe des Jahres 1946 weitere Volksdeutsche aus Jugoslawien mit Krankentransporten ins rumänische Entlassungslager Focsani kamen und dann in ihre Heimat weitergeleitet werden sollten, verweigerten die jugoslawischen Behörden ihre Aufnahme.

Die Transporte dieser Heimkehrer wurden dann wochenlang im Grenzgebiet zwischen Jugoslawien, Rumänien und Ungarn hin- und hergeschoben, bis sie sich zerstreuten oder sie schließlich von den ungarischen Behörden nach Österreich abgeschoben wurden.

Die Gesamtzahl der in die Sowjetunion deportierten Jugoslawiendeutschen läßt sich nach der Zahl und Stärke der ermittelten Transporte auf ca. 27.000 bis 30.000 schätzen. Die Verlustquote ist schwerer zu bestimmen, jedoch wird man annehmen dürfen, daß ca. 16 % der Deportierten in der Sowjetunion verstorben sind; die Mehrzahl der Überlebenden wurde durch Krankheiten und Entbehrungen physisch gebrochen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet später über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Rumänien-Deutschen (x007/80E): >>...

Schon im Spätsommer 1945 kehrten die ersten Krankentransporte nach Rumänien zurück. Weitere Transporte mit Arbeitsunfähigen folgten. In den Jahren 1946/47 wurden diese Heimkehrerzüge allerdings fast ausschließlich über Frankfurt/Oder nach Mitteldeutschland geführt; eine Rückkehr nach Rumänien wurde den Angehörigen dieser Transporte, die zum Teil jahrelang in sowjetzonalen Arbeitslagern oder zur Landarbeit eingesetzt wurden, im allgemeinen nicht gestattet. Die Masse der Deportierten wurde in den Jahren 1948/49 nach Rumänien oder Deutschland zurückgeführt; die letzten konnten erst 1950/51 heimkehren.

Nach zuverlässigen Schätzungen muß mit einer Verlustquote von nahezu 15 % gerechnet werden: mehr als 10.000 kehrten nicht zurück. Von den Heimkehrern blieb fast die Hälfte in Deutschland und Österreich.<<

**USA:** Im Jahre 1948 heben die letzten US-Bundesstaaten (Arizona und New Mexiko) das Wahlverbot für die nordamerikanischen Ureinwohner auf (x180/39).

**China:** Obwohl die Vereinigten Staaten Chiang Kai-shek mit Kriegsmaterial und militärischen Ausbildern unterstützen, beginnt im Jahre 1948 der unaufhaltsame Siegeszug der kommunistischen Truppen von Nord- nach Südchina.



1949

Das unfehlbarste Mittel, Autorität über die Menschen zu gewinnen, ist, sich ihnen nützlich zu machen.

*Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach (1830-1916, österreichische Schriftstellerin)*

**01.01.1949**

**SBZ:** Im Rahmen der Bodenreform hat man bis zum 1. Januar 1949 in der SBZ bereits 11.390 private Landwirtschaftsbetriebe enteignet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Bodenreform" in der SBZ (x009/79): >>Die sog. Bodenreform der SBZ erfolgte auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht.

Ihre Grundlage sind Verordnungen der damaligen 5 Länder- bzw. Provinzverwaltungen (3.9.1945: Provinz Sachsen, 6.9.1945: Provinz Mark Brandenburg, 7.9.1945: Land Mecklenburg-Vorpommern, 11.9.1945: Land Sachsen, 12.9.1945: Land Thüringen).

Die Bodenreform wurde offiziell begründet als "unaufschiebbare, nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit". Entschädigungslos enteignet wurden alle Privatbetriebe über 100 ha Betriebsfläche sowie Betriebe von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten". Mit der Enteignung war die Vertreibung der ehemaligen Besitzer und ihrer Familien verbunden. Die Gutshäuser wurden zum großen Teil "als Wahrzeichen des Feudalismus" abgerissen.

Bis 1.1.1949 wurden aus Privatbesitz über 100 ha 7.112 Güter mit 2,5 Millionen ha, aus Privatbesitz unter 100 ha 4.278 Betriebe mit 124.000 ha enteignet. Zusammen mit dem Landbesitz des Staates, der Länder, Provinzen, Städte und Gemeinden ergaben sie einen Bodenfonds von rund 3,22 Millionen ha Land- und forstwirtschaftlicher Fläche.

Dieser Bodenfonds wurde verteilt: an 119.530 landlose Bauern und Landarbeiter 924.365 ha; an 89.529 Vertriebene 754.976 ha; an 80.404 landarme Bauern 270.949 ha; an 45.403 Kleinpächter 43.969 ha; an 169.427 Arbeiter und Handwerker 111.203 ha; an 39.786 Altbauern (Waldzulagen) 60.140 ha. Rund 550 Betriebe wurden als Spezialbetriebe für Saatzucht-, Tierzucht- und Forschungszwecke in "Volkseigentum" übergeführt (Volkseigene Güter).

Das den Bodenempfängern durch die Bodenreform zugeteilte Land war von ihnen zu bezahlen; der Preis je ha betrug den Gegenwert von etwa 1.000-1.500 kg Roggen; der Preis für Waldstücke wurde den örtlichen Verhältnissen entsprechend von den Bodenkommissionen festgesetzt. Die Bezahlung konnte in bar oder natura in Raten bis zu 20 Jahren erfolgen. Bodenreform-Land darf weder ganz noch teilweise verkauft werden, es ist auch nicht teil- oder verpfändbar. Über die Landzuteilung wurde eine Urkunde ausgehändigt. Die neuen Besitzverhältnisse wurden grundbuchamtlich festgelegt, die Grundbuchblätter über die früheren Eigentumsverhältnisse amtlich verbrannt.

Gemäß Befehl 209 der SMAD sollte durch ein Bodenreform-Bauprogramm die Errichtung von Gehöften für rd. 209.000 Neubauern mittels Baumaterial- und Kreditbereitstellung ermöglicht werden. Unüberwindbare Schwierigkeiten der Materialbeschaffung haben die Verwirklichung dieses Programms verhindert ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Bauern" in der SBZ (x009/55-56): >>... Die in der SBZ geläufigen Bauern-Begriffe erfahren willkürlich veränderte Ausdeutungen nach kommunistischen Grundsätzen.

Im Sinne des Klassenkampfes auf dem Lande wird differenziert zwischen "werktätigen" Kleinbauern mit "reiner Warenproduktion" ohne jede Kapitalakkumulation und "Ausbeutung" fremder Arbeitskräfte sowie zwischen Mittel- und Großbauern (bis bzw. über 20 ha Nutzfläche), die angeblich "kapitalistische" Merkmale in mehr oder weniger starkem Maße aufweisen und also Zielscheibe des Kampfes sind.

Die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubauern war eine Folge der Bodenreform; nach

1952 wurde zwischen Einzel- und Genossenschaftsbauern unterschieden. Der Kampf gegen die "Großbauern" wurde immer mehr zu einem Kampf gegen die noch privat wirtschaftenden Einzelbauern, unabhängig von der Größe ihrer Betriebe.<<

**Berlin:** Das Präsidium des Deutschen Volksrates der sowjetischen Zone erklärt am 1. Januar 1949 (x112/647): >>... Das abgelaufene Jahr brachte mit der imperialistischen Zerreißung Deutschlands durch die Remilitarisierung Westdeutschlands und durch die amerikanische Annektion des Ruhrgebietes eine schwere Bedrohung der Sache des Friedens.<<

**WBZ:** Die SPD-Parteizeitung "Neuer Vorwärts" kritisiert am 1. Januar 1949 das "Ruhrstatut" (x112/647): >>Das Statut bedeutet eine große Vertrauenskrise für die Demokratie und die westlichen Siegermächte im deutschen Volk. ...

Die Einigung ist jetzt auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Durch die vorliegende Regelung wird keine gedeihliche internationale Zusammenarbeit geschaffen. Diese Internationalisierung ist einseitig mit bevorrechtigten Subjekten und dem benachteiligten Objekt Deutschland. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 6. Januar 1949: >>Das Ruhrstatut

Eigentlich hatte die am 11. November in London zusammengetretene Sechsmchtekonferenz nur die Errichtung eines Kontrollamtes für die Verteilung von Kohle und Stahl des Ruhrgebiets verhandeln wollen, so war es im Juni in London beschlossen worden. Aber in den sechs Monaten seit Juni 1948 hatte sich manches geändert.

Die Währungsreform der Westzonen hatte der deutschen Industrie einen starken Aufschwung gebracht, während gleichzeitig die französische Wirtschaft infolge der politischen Unruhen und Streiks einen Rückschlag erlitten hatte. Was Wunder, daß das französische Sicherheitsbedürfnis angesichts dieser Situation nicht nur Garantien gegen eine militärische Aggression, wie sie das sogenannte Militärische Sicherheitsamt bieten könnte, verlangte, sondern Garantien, die eine Kontrolle des deutschen Wirtschaftsaufschwungs ermöglichen.

Noch im Juli 1948 belief sich die französische Stahlproduktion auf 640.000 t, im September war sie bereits auf 550.000 t gesunken, während die Stahlerzeugung, der Bizone von 310.000 t zu Beginn des Jahres 1948 auf 572.000 t im September angestiegen war und damit die Leistungen der französischen Stahlindustrie erstmalig übertreffen hatte.

Als dann am Vorabend der zweiten Londoner Konferenz die anglo-amerikanischen Regierungen den Deutschen noch die Treuhänderschaft über die Kohle- und Stahlindustrie übertrugen und sich bereit erklärten, die Regelung der endgültigen Eigentumsverhältnisse der künftigen deutschen Regierung zu überlassen, war die französische Geduld erschöpft. Dies die Vorgeschichte des Ruhrstatuts.

In der deutschen Öffentlichkeit hat die Verkündung dieses "Übereinkommens", dessen Inhalt den deutschen Partnern bis dato unbekannt war, Kritik und Niedergeschlagenheit ausgelöst. ... Vom Morgenthau- bis zum Marshall-Plan haben wir hinsichtlich Industrieplan, Demontage und Stahlquote manche Wandlung erlebt, die eher eine optimistische als eine pessimistische Auslegung rechtfertigt.

Und was die Dauer solcher Bestimmungen anbelangt, kann man den Optimismus der Sechsmchtekonferenz nur bewundern, wenn sie in Anlehnung an die Vorschge von Byrnes die Vision einer vierzigjährigen Lebensdauer der Ruhrbehörde beschwrt. Schließlich sind erst drei Jahre vergangen, seit im Potsdamer Abkommen die Westalliierten und Rußland vereinbarten, eine Entscheidung über die Ruhrindustrie gemeinsam zu treffen. Das war 1945 - im Ruhrstatut von 1948 ist Rußland gar nicht mehr erwähnt.

Es ist ferner zu bedenken, daß die deutsche Stahl- und Kohleindustrie bisher unter angloamerikanischer Kontrolle stand, also in gewisser Weise nur eine Kontrolle durch eine andere abgelöst wird und daß überdies die gesamte deutsche Wirtschaft im Rahmen der Marshall-Planung ohnehin nicht frei ist. Man muß sich allerdings auch darüber klar sein, daß die Hand-

haben zur Kontrolle der deutschen Wirtschaft, wie sie die Ruhrbehörde - in der Deutschland bekanntlich von 15 Stimmen nur 3 hat - bietet, wirklich allumfassend sind.

In jeder modernen Wirtschaft kann man über die Kontrolle der Grundstoffe: Kohle, Stahl und Roheisen praktisch die gesamte Volkswirtschaft lenken. Wenn außerdem die Ruhrbehörde laut §§ 14 und 15 noch ermächtigt ist, die Qualitäten und Typen bei der Ausfuhr zu bestimmen und die Preise, das Transportwesen, die Zölle und Wirtschaftsmethoden zu überprüfen, so bedeutet dies, daß eine internationale Kommission die Struktur der deutschen Wirtschaft bestimmt, die Höhe des Eigenverbrauchs und den deutschen Lebensstandard.

Es wird zwar ausdrücklich verlangt, daß hierbei keine Konkurrenzinteressen mitsprechen dürfen und die Mitglieder der Kommission sich nicht als Vertreter ihrer Nationen, sondern als internationale Körperschaft fühlen sollen; aber kann man verlangen, daß der französische Vertreter unbeeinflusst von nationalen Interessen die Verteilung von Koks und Kohle bewirkt, wenn in Frankreich neue Streiks die eigene Produktion stilllegen?

Kann man erwarten, daß der Vertreter Englands ein Werk, das vielleicht im Hinblick auf irgendwelche Spezialqualitäten den englischen Export entscheidend hemmt, in großzügiger Weise mit Kontingenten versieht? Kann man hoffen, daß das deutsche Interesse: so viele Fertigfabrikate und so wenig Rohstoffe wie möglich zu exportieren, von den übrigen Mitgliedern respektiert wird? Und schließlich erhebt sich noch die politische Frage, kann man die zukünftige deutsche Regierung von vornherein in ihren Kompetenzen so stark einschränken, daß sie eine eigene Wirtschaftspolitik eigentlich gar nicht mehr ausüben kann?

Auf all diese Fragen wird man in den 35 Paragraphen des Ruhrstatuts keine Antwort finden, erst die Durchführung kann sie bringen. Potentiell sind beide Möglichkeiten gegeben: die Ruhrbehörde kann, wie ihre Kritiker sagen, zur kolonialen Ausbeutung Deutschlands führen, und sie kann auch, wie ihre Befürworter es wünschen, zur Keimzelle einer neuen europäischen Wirtschaftsauffassung und Gestaltung werden.

Allerdings schrieb der "Economist" kürzlich: "Ein internationalisiertes Ruhrgebiet in einem im übrigen völlig nationalistischen Europa würde da mächtiger Unruheherd werden." Daher gäbe es "nur eine Lösung: die internationale Kontrolle auf die Industriegebiete Lothringens, Luxemburgs und Belgiens auszudehnen."

Bisher hat es sich gezeigt daß die Realitäten und wirtschaftlichen Erfordernisse stärker waren als die Theorien von Mr. Morgenthau, der das Ruhrgebiet in eine Schafweide verwandeln wollte. In Ruhe abwarten, wie die Ruhrbehörde arbeitet und nicht übereilt beitreten wird daher bis auf weiteres die deutsche Aufgabe sein.<<

**08.01.1949**

WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (2/1949) berichtet am 8. Januar 1949 über das Ruhrstatut: >>Tedeum des Sieges

Der französische Ministerrat beeilte sich, den Entwurf des Londoner Ruhrstatuts als erste beteiligte Regierung zu billigen. Er tat das "mit Genugtuung". Die Statuten gehen den Franzosen ein wie Honigseim. Die Deutschen schlucken schwer an dem bisher bittersten Tropfen aus dem totalen Kapitulationskelch.

Das Ruhrgebiet bleibt deutsches Eigentum und in deutscher Verwaltung. Daran ändert keiner der 35 Paragraphen des Kontrollstatuts der Engländer, Amerikaner und der Benelux-Staaten etwas. Sonst aber ändert sich manches.

**Treu und Glauben.** "Das Ruhrstatut ist der tragische Fehlschlag der Nachkriegszeit", konstatiert Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard in der Höchster McNair-Kaserne. "Die letzte Konsequenz des Statuts ist, daß die soziale Lebensführung, der Lebensstandard des deutschen Volkes, jetzt nicht mehr abhängig ist von deutschen Bestrebungen, deutschem Fleiß und deutscher Sozialpolitik, sondern vom Votum der Interessenten und Konkurrenten der deutschen Wirtschaft."

Den anglo-amerikanischen Versicherungen, die Deutschen müßten sich darauf verlassen, daß die Bestimmungen des Ruhrstatuts von der internationalen Behörde im "good faith", auf "Treu und Glauben" gehandhabt werden würden, steht Erhard skeptisch gegenüber.

"Ich kann nicht glauben, daß hinter dem Ruhrstatut der Geist europäischer Zusammenarbeit zugunsten Europas steht." Ludwig Erhard glaubt eher an kleinliche Überlegungen konkurrenzmäßiger Art.

Die Pariser Wirtschaftszeitung "L'Echo de la Finance" bekräftigt das auf gut französisch: "Wir sind vor allem durch das industrielle Potential unserer ehemaligen Feinde beunruhigt. Wenn die deutsche Stahlindustrie uns morgen von den europäischen Märkten verdrängt, bleibt uns keine Möglichkeit, die Devisen zu erwerben, die wir bitter nötig haben. Die Kraftprobe zwischen uns und unseren früheren Gegnern ist jetzt nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Art."

**Unglauben.** Der "Combat" in Paris empfiehlt, das Ruhrstatut mit Vorsicht und sogar "mit Unglauben" aufzunehmen. In seinem Leitartikel erteilt die unabhängige Tageszeitung den Kontrollbestimmungen die Prädikate "zusammenhanglos und dehnbar".

Tatsächlich liegen die Begrenzungen der Eingriffe in das westdeutsche Wirtschaftsleben nur schwer feststellbar zwischen den Buchstaben des Abkommens und dem guten oder bösen Willen seiner Unterzeichner. Durch den Artikel 14 wird die neue Ruhrbehörde zu einer Super-Jeia (Auslandsbehörde der westlichen Besatzungsmächte) für den westdeutschen Export.

Ihre Aufgabe ist die Verteilung der gesamten Kohle-, Koks- und Stahlproduktion von 135 großen Gruben und Bergwerken, 12 Hochöfen, 263 Eisenwerken, 296 Gießereien und 57 Walzwerken.

Die Erzeugung von fast 7.000 mittleren und großen Unternehmen im westdeutschen Industriegebiet soll so verteilt werden, daß "Länder, die zum Besten aller Beteiligten an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilnehmen, angemessenen Zugang zu den deutschen Rohstoffen" erhalten. Deutschlands "wesentliche Bedürfnisse" werden dabei berücksichtigt.

Das Ruhrgebiet stellt die Grundstoffe für 80 Prozent des deutschen Exportes. Die Ruhrbehörde hat das Recht, die "Mindestmengen" für den Export und den deutschen Bedarf von Kohle, Koks, Fertig- und Halbfertigstahl festzusetzen. Es wird künftig Sache der internationalen Kontroll-Behörde sein, wieviel Kohle die deutschen Porzellanfabriken in Bayern erhalten, oder wieviel Bunkerkohle in die Bäuche deutscher Fischdampfer kommt.

Die Behörde kann dabei selbst die Qualitäten oder Typen der auszuführenden Produkte bestimmen. Wenn sie die Qualität der Edeldstähle vorschreibt, kann beispielsweise mit einem Schlage der gesamte deutsche Zahnbohrer-Export (ein guter Devisenbringer im Kanada-Geschäft) ausgeschaltet werden.

Die allgemeine Hoffnung im Ruhrgebiet auf eine Erhöhung der jährlichen Stahlproduktion (auf etwa 12 bis 14 Millionen Tonnen) wurde enttäuscht. Es bleibt bei 10,7 Millionen. Schon jetzt beträgt die Monatsproduktion rund 600.000 Tonnen.

**In alle Ewigkeit.** Bei entsprechender Abstimmungskonstellation können die westlichen Vertreter praktisch jeden deutschen Exportzweig, der ihrer eigenen Wirtschaft gefährlich zu werden droht, abdrosseln. Ohne den gütigen Geist George C. Marshalls, der hier und da mahnend aus der dialektischen Dunkelheit der 6.000 Worte spricht, könnte der gegenwärtige Rohstoffanteil des deutschen Exports (Kohle, Holz und Schrott) in alle Ewigkeit zum Hauptbeitrag der deutschen Ausfuhrproduktion gestempelt werden.

Schon das letzte Jahr brachte in der deutschen Kohleausfuhr einen zweifelhaften Exporterfolg. Die Ausfuhr von Steinkohlen erhöhte sich 1948 gegenüber 1947 um etwa 75 Prozent. Die Kohleproduktion selbst stieg kaum um 20 Prozent.

Die Jeia-Anordnung Nr. 1 verbot den Export von deutschem Roheisen. Artikel 14 der Ruhrstatuten kann die Roheisenausfuhr trotzdem möglich machen. Die letzten Jeia-Bestimmungen

vom Dezember 1948 ließen die deutschen Ausfuhrzölle etwas lockerer. Das Ruhrstatut droht die alten Scheuklappen in Disposition und Preisgestaltung wieder hervorzuholen. Aus den Paragraphen knistert es schon wieder nach den 32 kaum zerknüllten Ausfuhrformularen.

Hundert Kilo gewalzter Edelmetalle für Metallsägen kosten auf dem Weltmarkt 45 bis 50 Dollar. Selbst bei verbesserten Herstellungsmethoden könnte der deutsche Exporteur nicht billiger liefern, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.

Durch das Recht zur Regulierung des deutschen Exports hat die Kontrollbehörde die Möglichkeit, willkürlich den gesamten Handel mit Skandinavien, Spanien, Italien oder Südosteuropa zu unterbinden. In der Außenpolitik der Ruhrstatut-Mächte könnte so der Ruhrexport ein wirksames außenpolitisches Druckmittel werden.

Nach Artikel 15 darf die Behörde Transportwesen, Preise, Wirtschaftsmethoden, Quoten, Zölle und andere wirtschaftliche Maßnahmen deutscher Stellen überprüfen. Sieht die Behörde diese Maßnahmen als schädlich für ihre eigenen Kohle-, Koks- und Stahldispositionen an, so kann sie bestimmen, daß solche Anordnungen abgeändert oder aufgegeben werden.

Das ist der Hiobsparagraph für jeden künftigen deutschen Wirtschaftsminister, der sein eigenes Konzept für irgendeine Wirtschaftspolitik besitzt und durchführen möchte.

Die künftige Preisbildung der Ruhrbehörde für die Grundrohstoffe bestimmt auch mit das inländische Preisspiegelbild Westdeutschlands.

Letzten Endes hängt es von der Preiskalkulation der Westsignatarstaaten ab, welchen Betrag westdeutsche Hausfrauen für ihre Kochtöpfe zahlen müssen und was ihnen in Mark und Pfennig die Gasuhr am Monatsende geschlagen hat.

**Auch die letzten Bayern.** "In der Praxis wird die internationale Ruhrbehörde das künftige westdeutsche Wirtschaftsministerium sein", befürchtet Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister SPD-Professor Erik Nölting. "Sie wird den Lebensstandard auch des letzten Bayern im Allgäu bestimmen."

"Exterritoriale Vorrechte, wie sie im Ruhrgebiet einer administrativ tätigen Behörde eingeräumt werden, gehörten bislang zum Instrumentarium der Kolonialpolitik."

Besonderen Schutz des Londoner Statuts genießen Betriebe der Grundindustrien, in denen ausländisches Kapital arbeitet. Die Behörde soll den zuständigen Besatzungsmächten den Schutz ausländischer Firmen vor "diskriminierenden Maßnahmen" der deutschen Konkurrenz empfehlen. In den meisten Fällen sind für diese Empfehlung Absender und Empfänger gleich. Das Fremdkapital im kontrollierten Ruhrgebiet ist restlos im Besitz der Westmächte.

Maßnahmen einer deutschen Regierung, die eine Durchführung der Kontrolle behindern, können von der Behörde ausgesetzt werden. Die deutschen Vertreter haben dann eine Einspruchsfrist von fünfzehn Tagen. Danach kann die deutsche Regierung für schuldig erklärt werden. Den Gerichtsstand für beide Teile bestimmen in jedem Falle die Signatarmächte des Londoner Ruhrabkommens.

**Offene Fabrikatoren.** Das Gesetz 75 zur Übergabe der westdeutschen Industrie an deutsche Treuhänder bleibt bestehen. Auch die Kontrollen zur Verhinderung neuer wirtschaftlicher Machtkonzentration bleiben in Kraft. Die Behörde besitzt ein unbedingtes Auskunftsrecht. Die deutschen Betriebe werden regelmäßig Arbeitsberichte einreichen müssen. Den Ruhrkontrolleuren steht jedes Fabrikator offen.

Sie können Untersuchungen, Zeugenvernehmungen und die Durchsicht von Akten und Einrichtungen privater oder öffentlicher Organisationen durchführen. Westdeutschlands Unternehmer bangen wieder um ihre Erfindungen und Produktionsverfahren. Die Arbeiter bangen mit.

"Wir haben alles getan, um die Ruhrarbeiter zu arbeitsamen europäischen Demokraten zu machen, und nun setzt man diesen Arbeitern eine fremde kapitalistische Diktatur vor die Nase", händeringt der Betriebsrat der Zeche "Julia" in Herne.

"Stellen Sie sich folgendes vor: Eine Schnüffelkommission aus französischen Offizieren kommt ins Werk. - Ah, würde der alte Arbeiter sagen: das wird ja 1923 gespielt; die alte Tante Micum (die damalige französische Industriekommission) ist wieder da. Dann aber wird es ernst: Aus dem sumpfigen Boden des französischen Nationalismus, der an der Ruhr vorexerziert wurde, sind die Schlageters aufgestiegen. Auch der Kommunismus wurde groß. Das Ruhrabkommen liefert Moskau auch heute erstklassige Trümpfe."

Westdeutschlands Arbeiterschaft vermutet meist unbesehen in den Kontrollparagrafen die Achillesfersen eines Tausendfüßlers. Sie sucht vergeblich nach den Eigentumsbestimmungen. Ihre Funktionäre prophezeien ein rapides Absinken des Leistungswillens und der Meldungen zum Ruhrbergbau.

**Eine große Sache.** "Kohle - Brot und Aufbau. Helft mehr Kohle fördern und werdet Bergmann", steht in Deutsch auf dem Plakat im Zimmer 118 des US-Hauptquartiers im Frankfurter I.-G.-Haus.

Neben der drei Meter hohen Deutschland-Wandkarte mit dem rotstift-ummalten Ruhrgebiet (bis zur holländischen Grenze) hängen auf 118 seit ein paar Tagen noch mehr Plakate und Graphiken mit dem deutschen Wort "Kohle".

Davor sitzt ein grauhaariger Amerikaner im schottisch karierten Businessanzug: Mr. F. C. Wright jr., der Berater für Wirtschaftsfragen beim Zweimächtekontrollamt.

"Wissen Sie, das mit dem Ruhrstatut scheint eine große Sache zu sein. Ich habe mir das schon am Sonntag überlegt, als ich es in der New York Herald Tribune las." Sonst hat F. C. Wright jr. noch keine feste Meinung über die Ruhrkontrolle. "Geben Sie mir acht Tage Zeit, dann kann ich Ihnen sagen, was ich darüber denke."

**Bitte Zeit.** Die Franzosen sitzen am anderen Ende des Korridors. Besucher werden in dem spärlich möblierten Raum der französischen Verwalter mit routinierter Höflichkeit empfangen.

Eine Meinung über das Ruhrstatut aber haben die Frankfurter Franzosen nicht. Mit höflich neutralem Lächeln bitten sie sich Zeit aus. "Wir haben ja hier gerade erst angefangen." Ihre Regierung in Paris bezeichnet das Übereinkommen als wichtigen Schritt auf dem Wege zu künftigen Regelungen.

Ruhrstatut und Besatzungsstatut sollen Kern einer künftigen Friedensregelung mit Deutschland bilden. Die drei deutschen Stimmen gehören bis zur Bildung einer westdeutschen Regierung einem alliierten Besatzungsvertreter. Sie werden immer nur ein schwaches Stimmchen in dem Chor der anderen Partner sein. Zur Beschlußfassung der Behörde genügen acht Jastimmen.

Selbst bei der ausnahmsweisen Verteilung von Roheisen müssen es gerade zwölf Stimmen sein, die den Beschluß gültig machen. Falls die westlichen Kontrahenten Roheisen wollen, wird geliefert Auch wenn die deutschen Stimmen protestieren.

Kontrollrats- und UNO-Kenner prophezeien einträglige Kuhhändler mit den Stimmen. Die Franzosen wären für jede Unterstützung ihres Planes zur Verschiffung der Ruhrkohle nach Lothringen dankbar, um die eigene Stahlproduktion auf die im Monnet-Plan vorgesehene Höhe von 15 Millionen Tonnen jährlich zu bringen.

Für Holland und Belgien ergibt sich die Möglichkeit, gegen ihr Jawort die drei französischen Stimmen für eine mögliche Transportbevorzugung der belgisch-holländischen Häfen einzuhandeln.

"Ich denke da an das Feilschen der einzelnen westeuropäischen Staaten beim O.E.C.C. (Marshallplan-Büro) in Paris über die Verteilung der ERP-Dollar erinnert sich Professor Erhard. "Warum sollten da jetzt ausgerechnet hinter dem Ruhrstatut hehre Ideen stehen?"

Da acht Stimmen im Normalfall für einen Beschluß notwendig sind, könnten die Angelsachsen zusammen mit ihrem Platzhalter für das unmündige Deutschland ihre Ansichten immer

durchdrücken.

Wie das Pariser Marshallplan-Büro steht auch die neue Ruhrbehörde vor der Aufgabe, das wirtschaftspolitische Sonderinteresse einzelner Staaten zugunsten des gemeinsamen Aufbaues Westeuropas zurückzustellen.

**Eine kleine Garantie.** Jede größere Benachteiligung Deutschlands würde die amerikanischen und englischen Steuerzahler sehr bald fühlen lassen, daß Deutschland sich nicht selbst erhalten kann, wenn ihm die industriellen Möglichkeiten verbaut werden. Das ist eine kleine Garantie dafür, daß im Rate der Ruhrbehörde Deutschland bei der Verteilung seiner eigenen Produktion nicht zu kurz kommt. Wie überhaupt das Abkommen nur in seiner Praxis endgültig als verwerflich oder annehmbar bezeichnet werden kann.

Die sowjetische Behauptung, der Londoner Vertrag enthalte Geheimklauseln über eine Remilitarisierung Deutschlands sowie Sondervereinbarungen in der Eigentumsfrage, wurde von der britischen Regierung dementiert. Rußland bezeichnet das Ruhrabkommen als ungesetzlich und "besonders schändliche Verletzung internationaler Abkommen".

Die Ruhrstatuten fordern eine Zusammenarbeit zwischen den Ruhrkontrolleuren und den Pariser ERP-Marshallplanern. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Karl Arnold dachte den Marshallplan-Gedanken im Ruhrstatut zu Ende.

An Stelle der einseitigen Kontrolle des Ruhrreviers fordert er einen völkerrechtlichen Zweckverband auf genossenschaftlicher Grundlage. Dazu sollten Deutschland die Ruhr, Belgien und Luxemburg ihre Schwerindustrie, Frankreich das lothringische Erzvorkommen und die Saar einbringen.

"Das kommt vielleicht später noch", tröstet der Londoner "Observer" und fordert Deutschland auf, erst wieder einmal "etwas Vertrauen" zu schaffen. Auch der "Nieuve Rotterdamsche Courant" plädiert für eine Kontrolle aller westeuropäischen Industriezentren (s. Spiegel Nr. 48/1948). Die Londoner "Times" weist darauf hin, daß in dem Ruhrstatut Hinweise auf die Möglichkeit einer Revision gegeben sind. Deutsche Kritik sei jetzt aber "nur mit Gedächtnisschwund" zu entschuldigen.

Frankreichs Presse singt - mit Ausnahme der Kommunisten - ein "Tedeum des Sieges", wie die Pariser "Le Monde" schreibt. Der französische Außenminister Schuman schmiedete das Ruhreisen, solange es unter den deutschen Remilitarisierungsdebatten und anderen im Ausland als "Anzeichen nationalistischer Wiedergeburt" gewerteten Diskussionen heiß war.

**Nicht über den Weg.** Frankreichs große Befürchtung war eine Ruhrwirtschaft in Form einer amerikanisch-deutschen Holding-Gesellschaft, bei der die deutschen Schwerindustriellen die Managerposten übernehmen sollten. Die Franzosen sind darüber jetzt beruhigt. Die Sowjets argwöhnen, daß der Rohstoffnachschub für den Wiederaufbau der westeuropäischen Rüstungsindustrie künftig auch aus Westdeutschland kommen könnte. Sie trauen auch dem Sicherheitsamt nicht über den Weg.

Die militärische Sicherheitsbehörde ist bereits konstituiert. Als Vertreter der drei westlichen Militärgouverneure wurden der amerikanische Generalmajor James P. Hodges (bisher Direktor bei der amerikanischen Militärregierung), der englische Generalmajor V. J. Westropp (bisher stellvertretender Stabschef der britischen Militärregierung) und der französische General Paskiewicz (bisher Leiter der Entwaffnungsabteilung der französischen Militärregierung) ernannt.

Das Amt soll 150 Mann Personal beschäftigen. Vorgesehen sind eine militärische, eine industrielle und eine wissenschaftliche Abteilung. Sitz der Sicherheitsbehörde soll Stuttgart oder Baden-Baden, das Ruhrbehördenquartier wahrscheinlich Düsseldorf sein.

Der westdeutsche Kommunistenchef Max Reimann will die in Bonn streitenden Verfassungshähe zu einer Erklärung über das Ruhrstatut bewegen. Auch der Rat der elf westdeutschen Ministerpräsidenten will sich äußern. Das Kabinett Nordrhein-Westfalen ernannte einen stän-

digen Ausschuß von Sachverständigen, der die wirtschaftlichen und organisatorischen Auswirkungen des Ruhrstatutes beobachten soll. Am schärfsten stehen SPD und KPD in Opposition zu dem Statut. Das heißt aber nicht, daß sie sich in ihrer Opposition einig sind.

"Das Ruhrstatut bedeutet Sklaverei" schrieben Kommunistenhände in roter Farbe an die Fassade des Düsseldorfer Arbeitsamtes. Viele Leute blieben davor stehen. Zu größeren Unruhen kam es nicht. Die Tagesberichte der westdeutschen Polizeireviere vermelden keine besonderen Vorkommnisse.

Nur Köln machte eine Ausnahme. 23 Personen wurden auf der Polizeiwache eingeliefert. Sie hatten einen Arbeiter verprügelt, der die Ansicht vertrat, das Ruhrstatut sei schließlich eine Folge des Hitlerkrieges. Alle 23 gaben zu, noch keine Zeile des Ruhrstatuts gelesen zu haben.

#### UNTER DEM RUHRSTATUT

#### ANTEIL DES RUHRGEBIETS

WEST-DEUTSCHLAND = 100 %

95 % DER STEINKOHLENVORRÄTE

90 % DER KOHLENPRODUKTION

80 % DER EISENSCHAFFENDEN INDUSTRIE

87 % DER ROHSTAHLPRODUKTION

65 % DER GIESSEREIEN

KOHLLEN-EXPORT der britischen Zone in Mio. Tonnen

#### 1947 1948

FRANKREICH 1,7 4,6

LUXEMBURG 1,5 2,3

BELGIEN 0,7 1,2

HOLLAND 1,0 1,7

DÄNEMARK 0,8 0,6

NORWEGEN 0,4 0,2

SCHWEDEN 0,1 0,7

ÖSTERREICH 1,4 2,3

ITALIEN 0,9 1,5

SONSTIGE 0,5 0,8<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (2/1949) berichtet am 8. Januar 1949 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR: >>>Jeder Fünfzehnte ...

Drei Noten gingen am Montag gleichzeitig im Moskauer Außenministerium ein. Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich ließen durch ihre diplomatischen Vertreter anfragen, ob Rußland die noch in seiner Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen bis zum 31. Dezember 1948 entlassen habe. Das war zwischen den Außenministern der großen Vier am 23. April 1947 beschlossen worden.

In ihrer Anfrage machten die Westmächte gleich die Gegenrechnung auf. In der englischen Note wurde von den 447.367 Kriegsgefangenen aus Rußland gesprochen, die nachgewiesenermaßen bis Ende 1948 in Deutschland eingetroffen sind. Die Schlußfolgerung: Noch mindestens 200.000 deutsche Kriegsgefangene müssen sich in sowjetischer Hand befinden.

Molotow schwieg, wie er auch die britische Note vom 9. März 1948 "über die gegenseitige Benachrichtigung von Todesfällen kriegsgefangener Soldaten" nicht beantwortet hat. Statt dessen schlug die "TASS" Lärm. "Lügner" und "Verleumder" wurden die westlichen Anfrager gescholten, und nach den west-verfügten PoW's wurde gefragt, die angeblich auf den Schlachtfeldern des Nahen Ostens Kriegsdienste leisten dürfen. Nur für die deutschen Mithö-



rer gab es ein Trostpflasterchen: Der Rest der Kriegsgefangenen wird dem sowjetischen Plan entsprechend im Laufe des Jahres 1949 nach Deutschland zurückgebracht werden.

Wie viele Deutsche es genau sind, die noch ein Jahr russische Kriegsgefangenschaft vor sich haben, weiß niemand. Es gibt in ganz Deutschland keine amtliche Stelle, die nachzuforschen hätte, wieviel Deutsche sich heute noch außer Landes befinden oder in der Gefangenschaft ums Leben kamen. Karitative Organisationen und politische Parteien haben auf eigene Faust recherchiert.

In Hannover in der Odeonstraße bei der SPD-Reichsleitung macht dies von parteiamtswegen Hans Stephan. Was in den Heimkehrerlagern die Angehörigen verschollener Kriegsgefangener aus privater Herzensnot tun, daß sie nämlich den heimkehrenden Kameraden die Bilder ihrer Vermißten vorhalten, hat Stephan zu einem System erhoben. Er sammelt Einzelnachrichten von Ostheimkehrern und trägt aus vielen tausend Steinchen ein Kriegsgefangenen-Mosaik zusammen.

Ursprünglich war dem einstigen Breslauer SPD-Kassierer, Ostvertriebenen und Ägypten-PoW mehr die propagandistische Seite des Kriegsgefangenenproblems ans Herz gelegt worden. Er sollte Außenminister Molotow Lügen strafen. Der hatte nämlich am 31. März 1947 die Zahl der in der UdSSR befindlichen Kriegsgefangenen mit 890.532 angegeben. Diese Zahl schien vielen Deutschen, vielen Ausländern - noch in der britischen Note vom Montag wird sie wieder in Zweifel gezogen - und dem SPD-Reichsvorstand viel zu niedrig. Die Odeonstraße startete eine Aktion, um die wirkliche Zahl aller Rußland-Gefangenen herauszubekommen (vgl. Spiegel Nr. 19/47).

Hans Stephan fing an zu sammeln. Stoßweise schüttete die Post einzelne Angaben und Mitteilungen auf seinen und seiner Mitarbeiter Schreibtische. Je länger er sammelte und je intensiver er auswertete, um so mehr begriff er, wie Molotow zu den 890.532 gekommen war.

Hans Stephan rechnet so: Die sowjetamtliche TASS-Agentur hat im April 1945 3,8 Millionen Deutsche in russischer Hand gemeldet. Wenn man den Durchschnittssatz von 20 Prozent Zivilinternierten von den TASS-Zahlen abzieht, so bleiben drei Millionen deutsche Kriegsgefangene, die sich im Mai 1945 in russischer Hand befanden. Seitdem seien, will Stephan errechnen haben, 1,5 Millionen entlassen worden, eine halbe Million amtlich zugegebener stehe noch aus. Die restliche Million deutscher Männer müsse aber wohl abgeschrieben werden.

Von den seit Februar 1948 im Lager Friedland befragten Heimkehrern sind 690.000 Namen von Soldaten genannt worden, die während der Gefangenschaft verstorben sind. Durch Friedland wird bestenfalls nur ein Drittel aller Ostheimkehrer geschleust. Mögen sich die Angaben auch oft überschneiden, sagt Hans Stephan, so ergibt sich doch, daß jeder siebenzigste Deutsche, jeder fünfzehnte deutsche Soldat in der sowjetischen Gefangenschaft erfroren oder verhungert ist.

Lage und Name von über 1.000 Kriegsgefangenenlagern in West-Rußland hat Hans Stephan feststellen und in eine Karte eintragen lassen. Das Material über die Lager jenseits des Ural ist noch zu unvollständig, um veröffentlicht zu werden.

Das aber konnte man in Erfahrung bringen: Die Lager der Nummern 1.000 bis 6.050 sind Lazarett-, Erholungs- und Schulungslager. Die Lager der Nummern 6.300 bis 6.500 unterstehen der Roten Armee und arbeiten für sie. Die Insassen von 7.000 bis 7.961 sind in Bergbau, Straßenbau, Landwirtschaft und Industrie eingesetzt.

Ergänzt werden Hans Stephans Ermittlungen durch den Kriegsgefangenenausschuß des Stuttgarter Länderrats. Der hat aus Heimkehrermunde von zwölf Schweigelagern in der Sowjetunion erfahren. Deren Insassen dürfen auch heute noch nicht nach Hause schreiben. Die Zahl zwölf wird als Mindestangabe geschätzt. Wahrscheinlich gibt es noch viel mehr Lager, deren Insassen wie in einem lebendigen Sarge gehalten werden.

Die Stuttgarter wissen auch von mindestens 28.000 weiteren Kriegsgefangenen, die Polen

noch zurückhält. Von ihnen sollen nur einmal die entlassen werden, die in der Sowjetzone beheimatet sind. So hat es Moskau der Warschauer Regierung befohlen. Warschau selbst gibt eine andere Auskunft. Es will erst dann die West-Beheimateten nach Hause schicken, wenn ein entsprechender Vertrag abgeschlossen ist. Mit wem dieser Vertrag zu schließen sein würde, sagt Polen nicht.

Hans Stephan wird weiter sammeln und auswerten müssen. Nach dem russischen "Vertragsbruch", wie "OMGUS-Berlin" kommentierte, bleibt ihm zumindest noch für 1949 Arbeit genug. Mit ihm warten die Angehörigen in Deutschland. Für sie hatte die sowjetisch lizenzierte "Berliner Zeitung" zu Weihnachten einen wohlgefälligen Trost: "Wer einen Kriegsgefangenen aus dem Osten erwartet, weiß sicher, daß er heimkehren wird. Sie leben friedlicher als wir, formen sich schneller als wir zu neuen zukunftsreichen Menschen und Friedenskämpfern."<<

#### **10.01.1949**

**WBZ:** Die alliierte Aufsichtsbehörde lehnt am 10. Januar 1949 die Teilnahme von Lehrern an der Schulspeisung weiterhin ab (x117/103): >>... Der Nutzen des Schulspeisungs-Programms ... kann nicht zu niedrig eingestuft werden. Unglücklicherweise haben jedoch die Begrenzungen der verfügbaren Nahrungsmittel und Gelder auch dem Umfang des Programmes Beschränkungen auferlegt.

Infolgedessen sind wir der Meinung, daß – obwohl wir gegen den Grundsatz, daß Lehrer an dem Schulspeisungsprogramm teilnehmen, keinen Einspruch erheben – wir dennoch die Zuteilung zusätzlicher Nahrungsmittel für diesen besonderen Zweck nicht genehmigen können.<<

#### **11.01.1949**

**Polen:** Der Präsident der Republik erläßt am 11. Januar 1949 ein Gesetz über die Eingliederung der Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete in die allgemeine Staatsverwaltung (x003/488): >>Art. 1. Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete wird aufgelöst.

Art. 2. 1. Die nach den bisherigen Vorschriften der Zuständigkeit des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete unterliegenden Angelegenheiten gehen in den Zuständigkeitsbereich der entsprechenden Minister über. ...<<

Durch diesen völkerrechtlich unzulässigen Verwaltungsakt werden die polnisch verwalteten deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie in den polnischen Staatsverband eingegliedert. Polen gibt damit zu verstehen, daß es die Verwaltungshoheit über Ostdeutschland nicht, wie in Potsdam festgelegt, als ein Provisorium betrachtet, sondern diese deutschen Provinzen für immer behalten will (x001/122E-123E).

#### **12.01.1949**

**SBZ:** Die Deutsche Verwaltung des Innern ordnet am 12. Januar 1949 die faktische Gleichstellung aller freien kulturellen Vereinigungen in der sowjetischen Zone an (x112/651): >>Der Kampf für die Erfüllung des Zweijahresplanes macht die Entfaltung einer Massenkulturarbeit erforderlich. ... Zur Förderung der Volks- und Laienkunst in künstlerischen und materiellen Fragen sollen deshalb die schon bestehenden Gruppen und Vereine in die demokratischen Massenorganisationen eingegliedert und durch sie weiterentwickelt werden.

In den Betrieben werden die bestehenden Volkskunst und volksbildenden Gruppen aller Art – außer den Jugendgruppen – der Betriebsorganisation des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes angegliedert. ...

Die demokratischen Massenorganisationen, FDGB, FDJ, DFD, Kulturbund, Bund Deutscher Volksbühnen, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, haben im Rahmen ihrer Aufgaben das Recht, lokale (örtliche) Volkskunst und volksbildende Gruppen zu bilden und zu unterhalten.<<

#### **17.01.1949**

**WBZ:** Die westlichen Besatzungsmächte richten am 17. Januar 1949 ein militärisches Si-

cherheitsamt ein, um die westdeutsche Entmilitarisierung zu überwachen.

**19.01.1949**

WBZ: Der SPD-Politiker Wilhelm Kaisen (1887-1979) schreibt am 19. Januar 1949 über die Einsetzung der Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut) durch die Siegermächte (x112/640):

>>... Ich hätte lieber gesehen, wenn in einer Stellungnahme zum Ruhrstatut darauf hingewiesen worden wäre, was die Situation so unbefriedigt erscheinen läßt, nämlich die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik, wie sie heute betrieben wird, eines sachlich bedingten Programmes entbehrt, auf das sich die entscheidenden deutschen Stellen und die Besatzungsstellen einigen. In dem heutigen Hin und Her kann die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volkes nicht gefunden werden.

Es muß unsere Aufgabe sein, immer wieder auf diesen wunden Punkt hinzuweisen, und um diesen entscheidenden Punkt muß sich die Diskussion bewegen. Es wird wohl der Westregierung vorbehalten bleiben, an diese Aufgabe heranzugehen. Ich befürchte nur, daß unsere Partei allzusehr geneigt sein wird, ihr Gewicht in die negative Schale zu legen, weil sie sich nicht aufraffen kann, den heutigen völlig veränderten Verhältnissen mit einer neuen Politik zu begegnen.<<

Ein vertriebener Schlesier berichtet am 19. Januar 1949 über sein Leben im Westen (x024/-251): >>19.01.1949: ... Leider bin ich noch immer arbeitslos. ... Heimisch werden wir hier nie und nimmer werden. ...<<